Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 535 — Jahrgang 212

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 2,00, vierteljährlich Mk. 6,00 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5509 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Abend-Ausgabe

Dienstag, 28. Oktober

Anzeigenpreis: Die 7gesp. 38 mm breite mm-Grundzeile 20 ₰. Die 4gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 60 ₰. Davon nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 9291. Leitende Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele Halle-Saale

Neueste Tagesnachrichten

* Der belgische Ministerrat hat eine 1153 Namen enthaltende Liste von deutschen Zivil- und Militärpersonen gutgeheißen, deren Auslieferung verlangt werden soll.

* Das Gaslager Breloh bei Münster ist explodiert. Die Räumung der Dörfer Breloh, Ilster und Melbeck ist dadurch notwendig geworden.

* Eine große Zahl der Angehörigen des Hauses Habsburg hat auf die bisherige Mitgliedschaft und alle Herrschaftsansprüche formell verzichtet.

* Der französische Oekonomierat Legendre erklärte in einer Unterredung, daß New-York die großen Handelsplätze Europas im Handel nach dem Osten bei weitem überflügelt habe.

* Schweden, Norwegen und Dänemark haben die Tschecho-Slowakische Republik anerkannt.

Das Inkrafttreten des Friedens

Versailles, 28. Oktober.

„New-York Herald" meldet, daß der Bericht des Marschalls Foch über die Verletzung der Waffenstillstandsklauseln durch Deutschland nicht vor Dienstag fertiggestellt sein werde. Erst von diesem Augenblick an könne das Datum, von dem an der Friedensvertrag in Kraft treten soll, festgesetzt werden.

Haag, 28. Oktober.

„Nieuwe Courant" meldet aus Washington, daß der Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten die Vorbehalte bezüglich Egyptens und Irlands abgelehnt hat.

Amerikas Welthandel

Newyork, 28. Oktober.

Der französische Oekonom Legendre erklärte in einem Interview, daß die neue Richtung der Handelswege von Amerika nach dem fernen Osten, die besonders durch die Herstellung des Panamakanals veranlaßt wurde, auf den Welthandel, besonders auf den englischen und französischen, großen Einfluß haben werde. Der Stille Ozean habe während der letzten drei Jahre an Bedeutung erheblich zugenommen. Während früher die Häfen von London, Hamburg und Rotterdam die Rohmaterialien und Nahrungsmittel nach allen Teilen Europas weiter geleitet haben, werden jetzt alle Rohmaterialien aus dem fernen Osten und sogar aus dem mittleren Osten nach Newyork gehen, das nunmehr der Stapelplatz der Welt wird. Die Lage in Europa verhindere die Aufrechterhaltung der Verbindungen mit dem Osten. Die Vereinigten Staten sind ein großes Export- und vor allem Transitreich geworden. Während des Krieges sind sie Lieferant für ganz Europa geworden, das sie nicht nur mit Munition und Kriegsmaterial versorgten, sondern auch mit allen anderen Fabrikaten und auch mit Nahrungsmitteln. Die Vereinigten Staten waren aber nicht imstande, diesen Bedarf selbst zu decken und brauchten daher allerhand Erzeugnisse aus Südamerika und aus dem fernen Osten. Die Waren wurden wieder in Amerika selbst fertiggestellt und die Rohmaterialien dorthin gebracht, so daß die Produzenten im Osten jetzt daran gewöhnt sind, ihre Erzeugnisse nach Amerika anstatt direkt nach Europa zu senden.

Die Verteilung der deutschen Kabel

Bern, 28. Oktober.

Die Associated Preß meldet, daß französische Kreise der Friedenskonferenz in der Sitzung am Montag für Bildung einer internationalen Kommission eingetreten seien, die die Verteilung der Oberaufsicht über die Deutschland fortgenommenen Kabel in die Hand nehmen sollte. Als der Waffenstillstand unterzeichnet war, wollten Frankreich, Japan und Großbritannien nach einer Uebereinkunft die deutschen Kabel als Kriegsbeute angesehen wissen, kamen aber von diesem Standpunkte zurück, da Amerika ihn nicht teilte. Es ist nun ein vorübergehendes Abkommen getroffen worden, nach dem u. a. die Kabel von Konstantinopel und Constanza unter britische Oberaufsicht gestellt wurden, die Kabel von Teneriffa, Pernambuko, Brest und die von den Azoren nach New-York unter französische Hoheit, während die Japaner die früheren ostasiatischen Kabel unter Verwaltung zu nehmen haben. Diese Abmachung ist vorläufig. Frankreich drängt aber auf endgültige Lösung. Es verlangt, daß die Kabel unter den Alliierten aufgeteilt werden, und daß Frankreich die Kabel als Besitz erhält, die ihm jetzt zur Verwaltung übergeben wurden.

Der Bolschewistenkrieg.

Kopenhagen, 28. Oktober.

Nach einem Telegramm aus Helsingfors werden die dort an der Murmanfront zurückgebliebenen russischen Truppen, nachdem die Engländer sich von dieser Front zurückgezogen haben, von den Bolschewisten hart bedrängt. Sie haben die finnische Regierung um Hilfe ersucht, die aber von den Finnen abgeschlagen wurde.

Rotterdam, 28. Oktober.

Nach einer Reutermeldung aus Helsingfors hat der lettische Staatsrat die Bitte um Hilfe für den General Judenitsch abgelehnt und ist zu dem Entschluß gekommen, die Politik der Nichtintervention in russische Angelegenheiten zu ändern. Nach Meldungen aus Petersburg sei die Stadt in ein verschanztes Feldlager verwandelt. Den ganzen Tag über marschieren rote Truppen durch die Straßen und gehen mit der Eisenbahn an die Front.

*

Amsterdam, 28. Oktober.

Die „Times" melden, daß einer Mitteilung der litauischen Delegation in London zufolge der britische Generalmajor Crozier von der litauischen Regierung zum Generalmajor im litauischen Generalstab ernannt worden ist. Andere höhere britische Offiziere verschiedener Waffengattungen reisen demnächst von England nach Litauen, um Generalmajor Crozier bei der Aufstellung des litauischen Heeres zu unterstützen.

Kopenhagen, 27. Oktober.

Der hiesige diplomatische Vertreter Estlands erklärte einem Pressevertreter gegenüber, daß die Esländer ebenso wie die Litauer und Ukrainer die Zukunft fürchten, wenn Koltschak und die übrigen Generale seines Schlages die Aufgabe erhielten, das neue Rußland zu gründen, da man wisse, daß dann ihr das alte zaristische Rußland wiedergekäme. Estland sei jetzt von Bolschewisten gereinigt, aber warum solle es sich jetzt noch weiter schlagen? Solle es für seine Unterdrückung weiterkämpfen? General Judenitsch wäre bereit, Estland als unabhängigen Staat anzuerkennen, aber Koltschak nicht. Es gäbe nur einen Ausweg, nämlich, daß die Entente die Raubstaaten offiziell und rechtlich anerkenne. Dadurch werde auf die Russen ein Druck ausgeübt werden, so daß auch sie diese Staaten anerkennen müßten, und hätten die russischen Generale erst das getan, würden die Esländer mit Freuden mit ihnen zusammen gegen den Bolschewismus kämpfen, den sie ebenso hassen wie die Russen.

Riesenexplosion eines Gaslagers

Braunschweig, 27. Oktober

Auf dem Gaslager Breloh bei Munster-Lager sind am 24. d. Mts. große Vorräte von Gasgranaten und Munition in Brand geraten und explodiert. Die in Frage stehenden Vorräte sollen demnächst aus der Eifel nach Breloh gebracht werden. Die Explosion war von derartiger Heftigkeit, daß in den benachbarten Ortschaften die Fensterscheiben gesprungen und die Türen aufgeflogen sind. Von der Kommandantur wurde die Räumung und Absperrung der Stätte angeordnet und die Ausgabe von Gasschutzmasken an die Bevölkerung und Truppen veranlaßt. Trotzdem das Gasschwaden war vorübergehend die Räumung der Dörfer Breloh, Ilster und Alvern notwendig geworden. Die Explosionen wurden sogar in der mehrere Stunden entfernt liegenden Stadt Uelzen wahrgenommen. Die ganze Gegend wird noch immer von dichten Gaswolken umgeben. Der Ort Münster ist, falls die Windrichtung sich ändern sollte, immer noch gefährdet. Die Kommandantur des Truppenübungsplatzes hat Befehlerteilt, daß ohne Maske niemand das Lager verlassen darf. Wegen der drohenden Gasgefahr hatte ein Teil der Einwohnerschaft von Münster den Ort fluchtartig verlassen. Die Munster mit Licht versorgende Leitung der Ueberlandzentrale ist zerstört, so daß der Ort vollkommen im Dunkeln liegt. Der Bahnverkehr konnte inzwischen wieder in vollem Umfange aufgenommen, da seit gestern die Explosionsgefahr beseitigt ist. Nach einer naheliegenden Mutmaßung ist die immer noch unaufgeklärte Entstehungsursache möglicherweise auf einen verbrecherischen Anschlag zurückzuführen, der vielleicht den Auftakt zu den beabsichtigten Novemberputschen bildet. Der Umstand, daß auf dem Truppenlager Döberitz gleichzeitig ein Brand angelegt wurde, legt diese Vermutung nahe.

Die Kriegsbeschädigten in Elberfeld.

Elberfeld, 28. Oktober.

Nachdem die Kriegsbeschädigten, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, am Sonnabend nachmittag die Stillegung der Straßenbahn erzwangen, beschloß eine gestern unter freiem Himmel abgehaltene Protestversammlung gegen die von einem verstärkten Polizeiaufgebot wiederhergestellte Ordnung erneut die Stillegung des Straßen- und Schwebebahnbetriebes zu erzwingen. Hierbei wurden ihre Führer von der Polizei festgenommen. Ein starkes Aufgebot schritt zur Säuberung der Straßen und gestreute die Menschenmenge, wobei auch von den Waffen Gebrauch gemacht werden mußte. Eine Anzahl Verhaftungen wurde vorgenommen. Die gestern zwischen Vertretern der Organisation der Kriegsbeschädigten und der Betriebsgemeinschaft der Straßenbahner geführten Verhandlungen sind ergebnislos verlaufen.

Verzicht im Hause Habsburg

Wien, 28. Oktober.

Der frühere Erzherzog Franz Salvator, der Schwiegersohn des Kaisers Franz Josef, dessen ältester Sohn Hubert Salvator, sowie Erzherzog Josef Ferdinand, der Chef des Hauses Toskana, sein Bruder Heinrich Ferdinand, seine Mutter Großherzogin Alice von Toskana, und seine Schwestern Margarete, Agnes und Germana haben die im Gesetze über die Landesverweisung und die Uebernahme des Vermögens der Häuser Habsburg-Lothringen vorgeschriebene Erklärung abgegeben, auf die Mitgliedschaft zu diesem Hause und auf alle aus ihr gefolgerten Herrschaftsansprüche ausdrücklich zu verzichten und sich als getreue Staatsbürger der Republik zu bekennen. Die Staatsregierung hat im Einvernehmen mit dem Hauptausschuß der Nationalversammlung diese Erklärungen als ausreichend befunden. Daher erstreckt sich die gesetzliche Landesverweisung auf die genannten ehemaligen Erzherzöge und Erzherzoginnen nicht mehr.

„Die Sozialdemokraten können nicht regieren!"

So die „Volksstimme" in ihrer Nr. 244. Der Artikel hat eine recht geschmacklose Einleitung. Man könne an deutschnationalen Stammtischen allabendlich hören, daß die Sozialdemokraten, diese Proleten, eben nicht regieren können.

Wir wollen uns zunächst gegen diesen Satz wenden, der deutschnationaler Seite als typisch untergelegt wird, und der „Volksstimme" gleich erwidern, daß wir einen großen Unterschied machen zwischen „Prolet" und „Proletarier". Wir Deutschnationalen kennen nämlich unsere Volksgenossen auch ganz gut und wissen ebenso gut wie die „Volksstimme", daß es Proletarier gibt, die es an Herzensbildung und an anderen ihre Träger zierenden Eigenschaften mit manchem Angehörigen höherer Standes- oder Berufsschichten aufnehmen können, ja diesen sogar übertreffen. Wer, wie Schreiber dieser Zeilen, als Offizier (spr. „Leutefchinder") im Felde war und sich häufig an brieflichen Aeußerungen seiner früheren Untergebenen noch jetzt erfreuen kann, der empfindet eine Bemerkung, wie die obige der „Volksstimme", als ein Unrecht an seinen Volksgenossen. Wir wollen nicht sagen, wie wir sie charakterisieren; proletarierhaft im Sinne der Klassenbewußten ist sie jedenfalls nicht.

Die „Volksstimme" behauptet sodann, es sei die Schuld des königlichen Staates, der die Genossen von jeder praktischen Verwaltungsarbeit ausgeschlossen habe, wenn die Sozialdemokratie jetzt nicht regieren könne. Ja, sollte denn der alte Staat seine Feinde gegen sich selbst loslassen? Das war doch nicht zu verlangen, wenn wir auch offen zugeben wollen, daß in mancher Hinsicht die Feindschaft zu weit getrieben wurde. Und: treibt es die Republik nicht jetzt viel schlimmer? Und würde sie es nicht noch viel schlimmer treiben, wenn sie die Beamten und Offiziere, die größtenteils monarchistisch sind, nicht übermaus nötig hätte? Also etwas mehr Zurückhaltung erscheint für die „Volksstimme" angebracht; es könnte sonst sein, daß mal wieder recht unangenehme Anfragen von deutschnationaler Seite einige Genossen-Minister schwitzen machen, oder die Beamten-Gewerkschaft sich rührt, wie kürzlich geschehen.

„Aber zu allem Ueberfluß ist es" — so fährt die „Volksstimme" fort — „gar nicht einmal wahr, daß die Sozialdemokratie in der Verwaltung versagt". Bei dem Vergleich mit dem Wirrwarr vor sechs bis acht Monaten könne man „den großen Fortschritt und die große Leistung unmöglich leugnen".

Uns scheint, die „Volksstimme" lebt in einer anderen Welt. „Große Leistung", „großer Fortschritt?" Bis jetzt ist bloß zerstört worden und für die breite Masse ist nicht ein Deut Besserung geschaffen. Die Grundlage jedes Staatswesens — mag es monarchisch oder republikanisch sein — sind seine Finanzen. Hier hat die Reichsleitung zerstörend gewirkt; was geschaffen ist, soll erst ausgeführt werden. „Der „große Fortschritt", die „große Leistung" ist eitel Selbstlob, Vorschußlorbeer und Zukunftsmusik. Sozialisierung? Wir sagen Mumpitz, Kautsky drückt es etwas höflicher aus (vgl. übrigens andere Fachleute). Heerwesen? Ein Fragezeichen! Post — man braucht bloß einen Brief anzusehen mit den doppelten Marken. Frachtwesen? Inneres? Aemterschacher, Mißgriffe, Belagerungszustand, mit dem bekanntlich „jeder Esel regieren" kann. Aeußeres? Hier genügt es, Riga mit Fiume in eine Parallele zu stellen, die des Nachdenkens wert wäre; wir wollen indessen uns nicht damit aufhalten oder gar auf die Wahrscheinlichkeit der Durchführung festlegen; übrigens steht ja für jeden, der unvoreingenommen ist, fest, daß der Friedensvertrag besser hätte ausfallen können, wenn man die Männer von Fach arbeiten ließ, statt die blutigen Dilettanten. Und die parlamentarische Untersuchungskommission? Eine Riesendummheit; nichts weiter als ein Gaudium für unsere Feinde. Und Posen, Westpreußen, Oberschlesien, Nordschleswig, haben wir das alles im Kriege oder durch die — im politischen Sinne — Minderwertigkeit der sozialistischen Regierung teils verloren, teils aufs Spiel gesetzt?

Wenn die „Volksstimme" dann von den politischen, wirtschaftlichen und sittlichen Schwierigkeiten redet, so muß man ihr ja recht geben; die sind größer als früher. Aber, wodurch sind sie hervorgerufen? Die sittlichen durch die vaterlandsfeindliche Wühlarbeit der Sozialdemokratie, die den nun eingetretenen Mangel an Autorität am eigenen Leibe spürt und daran noch besonders leiden wird; die wirtschaftlichen hat sie durch ihre unzeitigen und unreifen Experimente vergrößert und mitverschuldet; die politischen Schwierigkeiten kann sie nicht überwinden, so lange sie nicht ähnliche Kuren durchmacht, wie ihre Genossen unter französischer Knute im linken Rheinland; sie muß erst deutsch empfinden lernen.

Aber alle Dingen aber bleiben bis auf weiteres die Finanzschwierigkeiten unüberwindlich. Wir haben in Volksversammlungen im Anfang dieses Jahres vor den Wahlen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191910282-14/fragment/page=0001

die Erfahrung gemacht, daß die übergangenen Genossen nachdenklich wurden, wenn man ihnen ganz ruhig und klar unsere Schuldenzahlen vorführte. Und auf diesem, dem Finanzgebiete, hat die Sozialdemokratie und ihre Verwaltungstalente völlig versagt; die kürzlich verbreitete Aeußerung des Sozialdemokraten Dr. Südekum ist wohl noch in aller Erinnerung. Demgegenüber vergleiche man einmal die saubere Arbeit, die z. B. von der alten Bürokratie von 1815 bis 1838 geleistet worden ist.

Die Sozialdemokraten sind mit dem Mute der Tollkühnheit und der grengenlosen Ueberhebung an ihre Verwaltungsaufgabe herangetreten. Sie verhehlen sich selbst nicht, daß sie sich diese leichter gedacht haben. Sie verhehlen das sogar gelegentlich ihren Amtsvorgängern nicht, wenn sie sie um Rat fragen! Wir könnten hier höchst ergötzliche Dinge mitteilen, müssen das aber unterlassen, um den betreffenden „Genossen" den „Mauserungsprozeß" und ihre Amtsführung nicht zu erschweren. Diese wenigen Sozialdemokraten erkennen an ihrer praktischen Arbeit, daß auf sozialdemokratische Weise nicht zu regieren ist.

Der Bruchteil der zur Einsicht kommenden Genossen ist aber verschwindend klein. Die große Masse der Aemterjäger hat diese Einsicht nicht oder verschließt sich ihr aus Angst vor der Partei. Dazu kommt vor allem ein Umstand, den die „Volksstimme" im Eingang ihres Artikels bespöttelt, daß nämlich jedes Ding gelernt sein will. Zum Regieren gehört vor allen Dingen — nicht die von der „Volksstimme" zitierte „Erbweisheit"; sondern — ein im Laufe der Zeit immer größer gewordenes Maß theoretischer und praktischer Kenntnisse.

Es geht nicht an, daß dem Volke mit Schlagworten und schönen Redensarten Sand in die Augen gestreut wird, schließlich muß mal gepfiffen werden. Die Fortwurstelei, gezeugt aus Angst vor der Entente und vor der äußersten Linken, auch vor der Rechten, wie wir genau wissen, ferner aus Angst vor Skandalen, die von den neugebackenen Würdenträgern inszeniert werden, kann zu nichts Dauerndem, Vernünftigem, führen.

Die „Volksstimme" irrt, wenn sie glaubt, die Deutschnationalen brauchten diese Hetze fürs politische Geschäft. Die Sache ist vielmehr umgekehrt: Die Sozialdemokratie liefert uns höchst erwünschten Stroff freiwillig; wir brauchen nur Einst und Jetzt nebeneinander zu stellen, und wer sehen will, der sieht selbst, daß die Sozialdemokratie nicht regieren kann. —nn.

Die innere Lage

Ein Bericht des Reichswehrgruppenkommandos I vom 18. Oktober 1919, unterzeichnet vom Chef des Generalstabes, Generalmajor von Oldershausen, wird von der Freiheit veröffentlicht. Darin wird die wachsende Gefahr des Zusammenbruches u. a. auch auf das passive Verhalten der Regierung gegenüber der Arbeitslosenfrage, der Streikfrage und der politischen und wirtschaftlichen Verhetzung zurückgeführt. Für einen bewaffneten Putsch lägen unmittelbare Anzeichen im Augenblick nicht vor, aber die großen Teilstreiks könnten, trotz des Widerstandes besonnener Arbeiter, sehr schnell zum Generalstreik führen, und Führer und Truppen müßten jeden Augenblick auf neue Unruhen gefaßt sein. Auf den Führern aber liefe schwere Sorge um die Truppe. Das Gruppenkommando trete fest Monaten dafür ein, daß die Verminderung des Heeres nicht übereilt werde, und der innere Wert der Truppe leide darunter, daß gerade die besten Leute fortgingen. Ihnen werde es verhältnismäßig leicht, Arbeit zu finden, der schlechtere Teil bleibe, und so müsse das Heer schließlich zum Sammelpunkt von Arbeitslosen und Gesindel werden. Dazu komme, daß die Regierung, obwohl sie sich auf die Truppe stütze, Offiziere und Mann straflos beschimpfen und mit Kot bewerfen lasse. Die Meinung des einfachen Mannes gehe dahin, daß die Regierung nicht imstande sei, das Volk zum Besseren zu führen, weil ihr alles darauf ankomme, den „streikenden Arbeiter", den Parteigenossen nicht vor den Kopf zu stoßen. Der Soldat habe das Gefühl, daß es nutzlos sei, sich auf dem Pflaster immer wieder einzusetzen, wenn es so weiter gehe. Der Bericht stellt zum Schluß die schon oft gemachten Vorschläge zur Abhilfe zusammen: Bessere Versorgung von Offizier und Mann, Freigabe der Werbungen, Maßnahmen für Verpflichtungsverlängerungen über den 31. März 1920 hinaus, größte Vorsicht im weiteren Ausbau des Heeres, Schutz der Uniform gegen Beleidigung, Angriff und Boykott, rücksichtsloser Kampf gegen Verhetzung in Wort und Schrift, ebenso gegen die Führer der Kommunisten und Unabhängigen. Streikverbot und günstiger Urlaub der Arbeitslosengelder.

*

Dieser Bericht des Generalmajors v. Oldershausen wird von amtlicher Seite als eine rein subjektive Arbeit bezeichnet. Eine maßgebende Bedeutung wird den Ausführungen des Generals und seinen Anschauungen bei seiner vorgesetzten Behörde nicht beigemessen. — Das glauben wir gern; unangenehme Wahrheiten vermögen auch die Herren des „neuen Systems" nicht zu ertragen. Damit wird indessen die Frage, ob General von Oldershausen mit seinen Vorwürfen gegen die Regierung im Recht ist oder nicht, noch lange nicht entschieden.

Vor einer neuen ungarischen Revolution?

Eigene Drahtmeldung der „V. Z."

Wien, 28. Oktober.

Ein Abendblatt bringt die Meldung, daß Graf Michael Karolyi eine Reise nach Amerika unternehmen wollte, um unter amerikanischen Ungarn Geld für eine Herbeiführung einer dritten ungarischen Revolution zu sammeln. Dies wird in einem radikalen ungarisch-rumänischen Blatt offen erklärt. Die amerikanischen Behörden verweigerten daher Karolyi die Einreise.

Moschell — ein Sowjetagent

Die Verhaftung des angeblichen Direktors Moschell, die durch das Reichswehrgruppenkommando in Berlin erfolgte, dürfte sich zu einer politischen Affäre auswachsen. Die bei dem Verhafteten vorgefundenen Papiere lassen den Schluß zu, daß er ein Agent der russischen Sowjets war, der durch seine Tätigkeit in Berlin die Autorität der deutschen Reichsregierung untergraben wollte, um dadurch neue Unruhen zu stiften.

Er suchte unter dem Namen Baron de la Roche Verbindungen mit Politikern aller Parteischattierungen und spielte dann die so erhaltenen Mitteilungen gegen andere Politiker aus. Nachgewiesen ist ihm bereits, daß er im bolschewistischen Sinn Spitzeltätigkeit betrieben hat. Die bekannte Morgan-Filiale in Berlin und die Kommission einer westrussischen Regierung, mit der M. Finanzierungsverhandlungen anknüpfen wollte, bestand nur in seiner Phantasie und diente ihm zur Erlangung von Geld. Er dürfte auch zu den westrussischen Werbern in Berlin in Verbindung gestanden haben. Unter anderem gelang es ihm, unter dem Namen de la Roche einen irreführenden Aufsatz über die Verhältnisse im Baltikum in eine der Regierung nahestehende Zeitung zu lancieren.

Baltenurlauber in Berlin

Berlin, 28. Oktober.

Die „Neue Berliner Zeitung" berichtet über Anwesenheit von zahlreichen Urlaubern der baltischen Truppen in Berlin, von denen einzelne den Auftrag haben, Munition und anderes Heeresgut nach dem Baltikum zu schaffen. Dies hat die Regierung veranlaßt, diesen Urlaubern die Rückkehr zu ihrem Truppenteil zu verweigern. Sie haben sich bei der nächsten Reichswehrbehörde zu melden. Die Urlauber, die ausscheiden wollen, können entlassen werden.

Dem „Vorwärts" ins Stammbuch!

In der gestrigen Morgen-Ausgabe teilten wir unter der Ueberschrift „Sozialdemokratische Gemeinheit" das „Gedicht" mit, mit dem der „Vorwärts" die deutschnationale Abgeordnete Frau Margarete Behm angepöbelt hatte, weil diese am 22. Oktober in der Nationalversammlung des Geburtstages der Kaiserin gedacht hatte. Darauf gehen uns aus unserem Leserkreise die folgenden Verse zu:

Das war der von Lindenecken!
Offenbar zu früh dem Siecken
Seiner Lehrer er entwich —
Fühlt sich jetzt als Dichterich.
Und er dachte nach sehr reiflich:
„Wie mach ich es wohl begreiflich
Allem Volk mit Lumpensinn,
Was ich für ein Dichter bin."
Tät dann fluns in der Kloaken
Allertiefstem Unrat stoken —
Und verfaßte sein Poem
An Frau Margarete Behm.
Waldi zieht die Stirne faltig,
Schämt sich seines Herrn gewaltig:
„Solchen Dreck in meinen Mund
Nehm ich nicht — und bin ein Hund!"

Wenn einzelne Wendungen dieser Antwort zu derb erscheinen sollten, so sei bemerkt, daß sie so abgefaßt wurde, daß der „Vorwärts" sie auch versteht. Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil!

Tagung der Ingenieure.

Gestern begann die 50. Hauptversammlung des Vereins deutscher Ingenieure in der Aula der Technischen Hochschule zu Charlottenburg. In Gegenwart vieler offizieller Vertreter von Behörden und nahestehenden Anstalten und Vereinen hielt der Vorsitzende Generaldirektor Reinhardt (Dortmund) die Begrüßungsansprache. Der Redner wies darauf hin, daß alte deutsche Idealismus wieder im Volke Wurzel schlagen müsse. Hierauf sprach Staatssekretär a. D. Dr. August Müller über das Thema „Durch welche Mittel muß die deutsche Industrie der Veränderung ihrer Produktionsbedingungen Rechnung tragen?"

Er führte aus, daß der Versuch gemacht werden müsse, sich dem Vorbilde des Ostelbischen Agrarstaates zu nähern. Weiter sei zu fordern eine höchstwertige Qualitätsarbeit, die natürlich nur durch zuverlässige Arbeiter erreicht werden könne, und eine Höchstproduktivität bei größter Sparsamkeit an Rohstoffen, da uns diese vermutlich von England stark beschnitten werden. Besonderen Beifall fand er mit der Anregung, auf die Sachen, die in das Ausland gehen, zum Besten des Staates einen Aufschlag zu erheben, damit nicht unsere hier Valuta deutsche Ware in fremden Ländern zu Schleuderpreisen angeboten würde. Diese manchmal ungeheuren von zentralen Einkäufern eingesteckten Preisdifferenzen könnten sehr wohl dem Staate zugute kommen.

In einem zweiten Vortrage kam Geh. Reg.-Rat Prof. Dr.-Ing. Reichel zu Worte über „Die vorläufigen Grenzen der Elektromaschinenbau".

In den Verhandlungen des Vorstandes wurde Baurat Wagner (Nürnberg) zum Kurator bestellt. Der scheidende langjährige Kurator Geh. Baurat Dr. Ing. h. c. Taaks (Hannover) wurde zum Ehrenmitgliede des Vereins und zum lebenslänglichen Mitgliede des Vorstandes ernannt.

Vorgeschichte zur Friedensresolution 1917

Ueber die Vorgeschichte der Friedensresolution vom 19. Juli 1917 erzählt Graf Czernin in seinem von der „Voss. Ztg." veröffentlichten Erinnerungen:

Im Frühsommer 1917 trafen äußerst günstige Nachrichten über die englischen und französischen Zustände ein. In die gleiche Zeit ammorkte die türkische Regierung einer der feindlichen Mächte auf ein Separatfriedensangebot, daß sie mit von ihren Bundesgenossen zu trennen, jedoch bereit sei, einen allgemeinen Frieden auf annexionsloser Basis zu diskutieren. Gleichzeitig kamen Nachrichten aus Rumänien, welche erkennen ließen, daß Rumänien sein Spiel verloren gebe. In Rußland brach die Revolution und die Lähmung der Armee Fortschritte.

Alles zusammengenommen ließ das Bild für uns hoffnungsvoller erscheinen. Es handelte sich darum, die Konjunktur möglichst auszunützen. Ich faßte daher den Entschluß, dem Kaiser vorzuschlagen, in Berlin zu erklären, daß für den Fall, daß Deutschland sich mit Frankreich über die elsaß-lothringische Frage verständige, Oesterreich bereit sei, Galizien und das neu zu gründende Polen abzutreten und sich mit ganzer Kraft dafür einzusetzen, daß dieses großpolnische Reich an Deutschland in Form einer Personalunion angeschlossen werde.

Der Kaiser und ich machten in Kreuznach Kaiser Wilhelm den Vorschlag. Die Konferenzen schlossen mit dem deutschen Ersuchen, die Frage überlegen zu dürfen. Der optimistischen Antwort Bethmanns lag offenbar das richtige Gefühl einer in der Luft liegenden günstigen Konstellation zugrunde.

Es war klar, daß die richtige Taktik nur darin bestehen konnte, einerseits die allergrößten Anstrengungen an der Front und im Hinterlande zu machen, um die Situation noch einige Zeit zu halten — anderseits den Feinden gegenüber den Beweis zu erbringen, daß wir trotz der günstigen Konstellation zu einem Frieden ohne Eroberungen bereit seien. Für die letztere Aktion den Hebel bei den deutschen Militärs anzusetzen, schien aussichtslos. Ebenso erwartete ich wenig von einer neuerlichen Intervention in der Wilhelmstraße und versuchte daher, mich direkt mit dem Deutschen Reichstage in Verbindung zu setzen.

Einer meiner Freunde hat insbesondere Erzberger und Südekum folgendes mitgeteilt: Soviel er beurteilen könne, seien wir an einem entscheidenden Wendepunkt angelangt. Oesterreich-Ungarn könne nicht mehr, die Türkei auch nicht. Deutschland könne den Krieg nicht allein zu einem guten Ende führen. Deutschland müsse ebenso klar wie Oesterreich-Ungarn öffentlich erklären:

1. keine Annexionen, keine Kriegsentschädigung;
2. bedingungslose völlige Freigabe Belgiens;
3. alle besetzten Gebiete werden geräumt, sobald beide Staaten ihr Territorium wieder zurückerhalten haben (inklusive der deutschen Kolonien);
4. auch Deutschland will gleich Oesterreich-Ungarn an der gemeinen Abrüstung mitarbeiten und die Garantie schaffen, daß kein zweiter Krieg mehr möglich sei.

Die bekannte Friedensresolution vom 19. Juli 1917 war das Resultat dieser Demarche.

Eisenbahnkatastrophen der jüngsten Zeit

Das folgenschwere Eisenbahnunglück auf der Strecke Ratibor-Troppau, bei dem 50 Menschen ihren Tod fanden und 150 verletzt wurden, lenkt den rückschauenden Blick auf die großen Eisenbahnkatastrophen der jüngsten Zeit. Eisenbahnunfälle sind fast so alt wie die Eisenbahn selbst. Wenn diese Unglückschronik auch erst im Jahre 1842 mit dem großen Eisenbahnunfall bei Paris ihren Anfang nimmt, obwohl bereits im Jahre 1829 der erste Zug in England verkehrte, so muß man doch annehmen, daß es auch in den vorangegangenen 13 Jahren nicht ganz ohne Unfälle abgegangen ist. Das Pariser Unglück, das durch den Achsenbruch einer der zwei einem Vergnügungszuge vorgespannten Lokomotiven herbeigeführt und 55 Todesopfer forderte, hat aber in jedem Falle als größte der damaligen Katastrophen zu gelten, und erhält für die Folge überdies dadurch ein typisches Gepräge, daß erst das ausbrechende Feuer das Unglück zur gewaltigen Katastrophe gestaltete, einer Begleiterscheinung zahlreicher Eisenbahnunfälle, die auch bei dem jüngsten Eisenbahnunglück in Oberschlesien wieder so unheilvoll in Erscheinung getreten ist. Fast überall sehen wir, daß der Ausbruch von Bränden infolge von Kesselexplosionen oder durch die Entzündung des den Behältern entströmenden Gases oder durch die direkte Uebertragung des Feuers aus der Lokomotive auf die Wagen die Katastrophe ins Greuenhafte steigert.

Was die Ursachen der Eisenbahnunfälle anbetrifft, so sind sie in der Hauptsache auf falsche Stellung der Signale oder auf Nichtbeachtung der auf Halt stehenden Signale zurückzuführen. Alle modernen Verbesserungen der Technik sichern bisher nicht gegen das plötzliche Versagen der geistigen Spannkraft der verantwortlichen Beamten, das auf Konto menschlicher Unzulänglichkeit zu setzen ist. Ein charakteristisches Beispiel dieser Unzulänglichkeit, das geradezu als ein psychologisches Rätsel angesehen werden kann, zeigte sich in der Aremberger Eisenbahnkatastrophe vom 7. August 1906. Sie wurde durch die plötzliche Kopflosigkeit des in Speemberg dienstituenden Stationsvorstehers aufgelöst, der den im Bahnhof haltenden Zug unbegreiflicherweise entließ, obwohl er wußte und wissen mußte, daß auf der Strecke ein zweiter Zug in Anfahrt begriffen war. Die dadurch unvermeidlich gewordene Katastrophe kostete 20 Menschen das Leben, und man muß in der Geschichte der Vergangenheit bis auf die vielbesprochene Altenbecker Katastrophe vom 20. Dezember 1901 zurückgehen, um auf ein ähnliches, entsetzliches Eisenbahnunglück zu stoßen. Eine Ausnahme von der Regel der durch falsche oder falschverstandene Signale ausgelösten Eisenbahnkatastrophen bildete das schwere Unglück, das sich am 30. Juli vorigen Jahres bei Landsberg ereignete und bei dem 44 Tote zu beklagen waren. Hier war der seltene Fall zu verzeichnen, daß ein Materialschaden die Katastrophe herbeiführte. Infolge des Bruches einer Kolbenstange war der Kolben durch die Dampfpressung aus dem Lokomotivzylinder herausgeschleudert und so stark gegen das Nachbargleis gepreßt worden, daß dieses verbogen wurde, was die Entgleisung der wenige Augenblicke später über das beschädigte Gleis fahrenden Schnellzuges zur Folge hatte. Als dritte der durch die große Zahl der Opfer zu trauriger Berühmtheit gelangten Eisenbahnkatastrophen der jüngsten Vergangenheit reiht sich den erwähnten Unfällen der am 18. April 1917 bei Augsburg erfolgte Zusammenstoß des D-Zuges Straßburg—München mit dem rangierenden Personenzug München—Augsburg an. Er stellt die folgenschwerste Katastrophe dar, die sich seit Bestehen der bayerischen Staatsbahnen ereignete und bei der 30 Tote und 64 Verletzte zu verzeichnen waren. Dieses bayerische Eisenbahnunglück gehört zu denen, die durch jene Minderung der Betriebssicherheit herbeigeführt wurde, die die zu große Belastung der Strecken und die überstarke Inanspruchnahme des rollenden Materials im Kriege zur Folge hatten. Es handelte sich um die durch die gewaltige Verkehrssteigerung bedingte Unsicherheit, die zu einer Unzahl mehr- oder weniger verlustreicher Unfälle von Urlauberzügen ihren traurigen Ausdruck fand.

*

en. Eine Fachgruppe der beamteten Chemiker. Um die Interessenvertretung der im Staate angestellten, akademisch gebildeten Chemiker nutzbringend bearbeiten zu können, ist vom Bunde der angestellten Chemiker und Ingenieure eine Fachgruppe der beamteten und behördlich angestellten Chemiker und Ingenieure gebildet worden, deren Arbeitsausschuß vorläufig aus Berliner Bundesmitgliedern besteht. Diese Fachgruppe wird in engster Zusammenarbeit mit dem Bundesvorstand die besonderen Forderungen ihrer Angehörigen bearbeiten. Sie soll der Sammlung aller in irgend einer Form im Staatsdienst befindlichen Naturwissenschaftler mit Hochschulbildung dienen. Zu den Arbeitszielen dieser Fachgruppe gehört nach der „Chem.-Techn. Wochenschrift" die Durchsetzung einer einheitlichen Bezahlung aller staatlich angestellten Beamten mit gleichwertiger Vorbildung, insbesondere lückenlose durchgeführte Gleichstellung der Chemiker, Ingenieure usw. mit den Oberlehrern, Aerzten und Juristen. Für die Angestellten wird die Bezahlung der auf Privatdienstvertrag Angestellten nach Tarifverträgen angestrebt, deren Sätze höher sein müssen, als die der entsprechenden Beamtenkategorien, da ein Teil des Gehalts als Versicherungsprämie für eine Alterspension und Hinterbliebenenversicherung zu betrachten ist. Weiterhin wird damit u. a. die Verfassung und damit Verantwortlichkeit der Chemischen Untersuchung des Verkehrs mit Nahrungs- und Genußmitteln, Gebrauchsgegenständen, Heil- und Geheimmitteln gefordert.

Wieviel Menschen arbeiten in Deutschland? Die heutigen Verhältnisse werden wir gewiß nicht als aufschlußgebend über das Erwerbsvermögen unseres Volkes ansehen können. Um einen Inhalt für unsere Leistungsfähigkeit zu gewinnen, müssen wir schon auf die letzte Berufszählung von 1907 zurückgreifen. Bei der nach den Angaben von Dr. Friedrich Zahn der Deutschen Statistischen Gesellschaft, von 61,7 Millionen Reichsbevölkerung 28 Millionen oder 45,51 Prozent ermittelt wurden, die die eigentliche Arbeitskraft unseres Volkes darstellen. Und amortschaffen 26,8 Millionen oder 43,46 Prozent unmittelbar für die Volkswirtschaft. 1,3 Millionen oder 2,05 Prozent als Hausgesinde. Für das männliche Geschlecht beträgt die Erwerbsziffer 81,0 Prozent, für das weibliche Geschlecht, ausschließlich der nur in Haushaltungen tätigen Ehefrauen und Töchter, 30,37 Prozent. Im wesentlichen ist es die Bevölkerung im Alter von 14 bis 60 Jahren, auf der die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Reiches beruht. Nur im neuen Zehnt der Mannesjahre dieses Alters üben eine Erwerbstätigkeit aus. Das weibliche Geschlecht ist in erheblicherem Maße nur bis zum 30. Jahre erwerbstätig (55 Prozent aller erwerbenden Frauen stehen im Alter von unter 30 Jahren); später hin wird seine Tätigkeit mehr durch die Aufgaben der Ehefrauen in Anspruch genommen, die aber als solche — da nach außen hin nicht hervortretend, — von der Berufsstatistik nicht registriert wird. Den übrigen Teil der Bevölkerung bilden 20,2 Millionen nicht erwerbstätige Familienangehörige (48,97 Prozent) worunter neben den eben genannten, das Hausmesen besorgenden weiblichen Personen, alle übrigen noch nicht oder nicht mehr erwerbenden Hausaltungsmitglieder gezählt sind. Schließlich ist noch eine Gruppe von 3,4 Millionen (8,52 Prozent) berufsloser Personen zu nennen, die sich aus Rentnern, Pensionären, Armenunterstützten, Anstaltsinsassen usw. zusammensetzt. Die Erwerbstätigkeit der Gesamtbevölkerung hat sich in den letzten 10 Jahren von 41,92 Prozent auf 45,51 Prozent erhöht. An der Mehrung sind beide Geschlechter beteiligt, und zwar stieg die Erwerbstätigkeit des männlichen Geschlechts von 60,75 auf 81,16 Prozent, die des weiblichen Geschlechts von 24,09 auf 30,37 Proz.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191910282-14/fragment/page=0002

Provinz Sachsen

Zurückziehung der Technischen Nothilfe

Bitterfeld, 28. Oktober.

Auf der Grube „Leopold" bei Bitterfeld haben die Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen. Die Technische Nothilfe und ihre Mitglieder zurückgezogen. — Die Angestellten und Beamten der Kleinbahnen in der Altmark, deren Betrieb bisher von der Technischen Nothilfe aufrechterhalten wurde, haben die Arbeit wieder aufgenommen. Die Technische Nothilfe hat daher ihre Mitglieder auch hier abberufen.

— **Oberröblingen, 28. Oktober.** (1000 Mark Belohnung.) Am 12. Oktober 1919, vormittags 7½ Uhr ist der Maler Karl Hampe aus Oberröblingen auf dem Wege Riethnordhausen—Ebersleben am Gabelpunkt der Straße Riethnordhausen—Tachstedt, etwa 150 Meter von den Kaiserlinden, tot aufgefunden. Vom Täter fehlt jede Spur. Der Regierungspräsident hat auf die Ermittelung der Täter eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt, die nach rechtskräftiger Verurteilung unter Ausschluß des Rechtsweges von ihm verteilt werden.

— **Wittenberg, 28. Oktober.** (Riesenschiebungen.) Von den Stickstoff-, Dynamit- und Spirituosfabriken in Wittenberg sind in letzter Zeit nicht weniger als monatlich 40 bis 50 Waggons mit Stickstoff, Quecksilber, Kupfer und anderen für die Industrie und Landwirtschaft sehr notwendigen Rohstoffen verschoben worden. Auch große Mengen Spiritus sollen in Allgemeinheit auf diesem nicht ungewöhnlichen Wege entwendet worden sein. Allem Anscheine nach sind an diesen Riesenschiebungen außer den Schiebern, die im Auftrage Berliner Lederzentralen arbeiten sollen, von denen die eine sich bekanntlich in der Kurfürstenstraße befindet, Bahnbeamte und Angestellte der in Frage kommenden Firmen beteiligt. Einer der Beamten ist bereits nach Norwegen geflüchtet.

— **Sangerhausen, 27. Oktober.** (Erpresser.) Ein Gutsbesitzer bei Sangerhausen erhielt kürzlich aus München ein Telegramm, dem Namen seines seit längerer Zeit vermißten Sohnes unterzeichnetes Telegramm, in dem er ersucht wurde, sofort 10 000 Mk. unter der Adresse eines Hotels in der Arnulfstraße zu senden. Als der Gutsbesitzer auf das Telegramm nicht erwiderte, erhielt er ein neues Telegramm mit der Anfrage, ob das Geld bereits abgegangen sei. Diesmal war die Adresse: „Postamt II postlagernd" angegeben. Um dem Schwindler eine Falle zu bereiten, wurde an diese Adresse ein fingiertes Telegramm und eine Postanweisung abgesandt. Als er das Geld in Empfang nehmen wollte, wurde er von der Polizei gefaßt. Der Verhaftete, ein 24 Jahre alter Kaufmann von Sangerhausen, gab bei der Vernehmung an, daß er die Absicht gehabt habe, in München ein Motorengeschäft zu gründen, und da ihm selbst das Geld fehlte, das dazu nötige Kapital auf diesem Wege zu erlangen. Er hoffte, daß der Gutsbesitzer in der Freude, seinen vermißten Sohn gefunden zu haben, das Geld ohne weiteres senden werde.

Aus Anhalt.

— **Köthen, 28. Oktober.** (Eine Gesellschaft von Wucherschiebern unschädlich zu machen), gelang hier kürzlich das Zusammenwirken von Bahn- und Polizeibeamten. Es handelt sich um zweifelhafte Geschäfte schon lange verdächtige Personen. Ein gewisser Gutsinspektor Barleben, früher in Feresdorf bei Köthen, trat an den Eisenbahnassistenten Kunze heran, um ihn für seine Schiebergeschäfte zu gewinnen. Dieser verständigte den Bahnhofsvorsteher Gesang von dem Anerbieten und auf dessen Anraten ging Kunze auf alles ein, denn nur so konnte man der ganze Bande fassen. Als dieser Tage von der Zuckerfabrik Halle hierselbst zwei Waggon mit 600 Zentner Zucker nach Mitteldeutschland abgehen sollten, versah Barleben die Wagen mit falschen Begleitungen, während Kunze falsche Frachtbriefe erhielt und die Sendungen gingen als Seifenpulver nach Halle. Es waren aber die in Frage kommenden Behörden bereits verständigt, von hier aus hatte sich Oberbahnhofsvorsteher Gesang nach Halle begeben. Hier hatten als Mittelsleute der Leiter des Hallischen Allgemeinen Konsumvereins Schulze und der Bahnhofoberfellner Buchheister die Sendung in Empfang genommen und wollten eben die Ausladuug veranlassen, als die Beamten dazwischen traten und die ganze Gesellschaft verhafteten. Der Konsumverein selbst ist an der Schiebung nicht beteiligt; Schulze machte die Geschäfte auf eigene Faust. Dem Assistenten Kunze wurden für seine Hilfe 200 000 Mk. zugesichert. Die beschlagnahmte Korrespondenz Barlebens läßt erkennen, daß man in einem ganz gefährlichen Schieber erwischt hat, der auf anderen Stationen auch eine ganze Reihe von „Geschäften" laufen hatte. Es stehen noch eine ganze Anzahl von Verhaftungen bevor.

— **Bernburg, 27. Oktober.** (Amtsjubiläum.) Pastor Karl Heingelmann feierte gestern sein 25jähriges Jubiläum als erster Geistlicher der hiesigen Martingemeinde. In dem heutigen Vormittagsgottesdienst, an dem die Gemeinde überaus stark, die städtischen Körperschaften in corpore teilnahmen, gedachte der Jubilar die Predigt, in der er der Gemeinde und seinen Amtsbrüdern für die ihm stets bezeigte Liebe und Anhänglichkeit herzlich dankte. In seiner Wohnung erschienen im Auftrag verschiedene Deputationen, um ihm ihre Glückwünsche zu überbringen. Pastor D. Heingelmann, der im nächsten Jahre seinen 70. Geburtstag feiert, erfreut sich weit über die Grenzen der Martingemeinde hinaus großer Verehrung. Er ist Ehrenvorsitzender des Anhaltischen Pfarrervereins, den er etwa ein Jahrzehnt hindurch leitete; er war auch viele Jahre hindurch Mitglied der theologischen Prüfungskommission. Beim Reformationsjubiläum 1912 ernannte ihn die Theologische Fakultät in Halle zum Ehrendoktor, während seinem Sohne, dem Professor Heingelmann in Basel, am gleichen Tage die gleiche Würde in Göttingen verliehen wurde.

Aus Thüringen.

— **Erfurt, 27. Oktober.** (Schiebungen ins Ausland) ist die Geheimpolizei am Neudietendorfer Güterbahnhof auf die Spur gekommen. Bei einer nächtlichen Kontrolle wurden mehrere Waggons festgehalten und 966 Zentner Zucker und zwei Ladungen Gerste beschlagnahmt, die für das Ausland bestimmt waren. Der Agent wurde verhaftet und die Waren dem Kommunalverband Gotha zugeführt.

— **Jena, 27. Oktober.** (Erschossen.) In Oelknitz feuerte nach einem Wortwechsel der Landwirtssohn Franke aus Klein-Roskoda auf das 18 Jahre alte Dienstmädchen Hofmann mehrere Schüsse ab und verletzte es so schwer, daß es nach Jena in die Klinik gebracht werden mußte, wo es hoffnungslos darniederliegt. Der Grund soll verschmähte Liebe sein.

Aus Sachsen.

— **Leipzig, 28. Oktober.** (Raubmord) Gestern Nachmittag wurde in seiner Wohnung in der Universitätstr. der 62jährige Agent Otto Ungelenk mit zertrümmertem Schädel aufgefunden. Nach den Ermittelungen liegt Raubmord vor. Der Ermordete wurde schon seit dem 22. Oktober vermißt. Der Täter ist wahrscheinlich in Kreisen von Zuhältern und Bordellwirten zu suchen, da der Ermordete Vermittler von Käufen und Verkäufen solcher Leute war.

Stadtverordnetensitzung

(Schluß.)

Halle, 27. Oktober.

Die Unabhängige Fraktion stellt den Antrag: Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat zu ersuchen, Schritte einzuleiten, demzufolge das Apothekenwesen der Stadt Halle kommunalisiert wird. — Stadtv. Osterburg (Unabh.) berichtet im Auftrage des Sozialisierungsausschusses und übermittelt dessen Antrag auf Einrichtung einer Stadtapotheke. — Stadtv. Bundt (Deutschnational): Ich kann mich dem Antrag nicht ohne weiteres anschließen. Gegen die Kommunalisierung sowohl der hiesigen Apotheken, wie gegen den Ankauf einer solchen sehe ich starke Bedenken. Ist die Kommunalisierung möglich? Ist sie notwendig? Die Regierung beschäftigt sich seit Jahrzehnten mit der Frage der Sozialisierung des Apothekenwesens und ist bis zum heutigen Tage zu keinem Ergebnis gekommen. Es geht vor allem deshalb nicht, weil die Kosten der Sozialisierung zu ungeheuer wären. Es gibt drei Arten von Apotheken. Solche mit Privilegien, Apotheken mit Realkonzession und solche mit Personalkonzession. Daß das Privileg mancherlei Mißhelligkeiten mit sich bringt, ist begreiflich; es werden jetzt aber auch keine Privilegien mehr erteilt. In Halle liegen die Verhältnisse so: Es gibt insgesamt 19 Vollapotheken, davon 8 mit Personal- (unverkäuflicher) Konzession und 11 mit Realkonzession. Außerdem bestehen drei Krankenhausapotheken. Es ist nicht möglich, sämtliche Privilegien und Konzessionen mir nichts dir nichts zu löschen. Man muß doch die Besitzer abfinden. Und das würde gewaltige Kosten verursachen. Nach einer Berechnung aus dem Jahre 1905 würden sich die Unkosten bei Ablösung der Apotheken in Preußen auf 300—400 Millionen Mark stellen. Die Apotheker sind übrigens keineswegs auf Rosen gebettet. Die Steigerung der Preise ist ganz unbeschreiblich, besonders Spiritus, Jod, Wismuth und andere gebräuchliche Medikamente sind ganz gewaltig im Preise emporgeschnellt. Als Grund zur Einrichtung einer Stadtapotheke wird ins Treffen geführt, daß man der Krankenkasse usw. höhere Rabatte gewähren und auch sonst billiger verkaufen könnte. Das geht nicht. Der Apotheker ist an seine Taxe gebunden. Ueberdies haben wir in Halle genug Apotheken. Seit 1900 allein wurden 8 Konzessionen erteilt. Bezeichnend für die Rentabilität dieser Apotheken ist, daß 5 oder 6 von ihnen nicht in der Lage waren, bis nach dem Kriege irgend eine Hilfskraft einzustellen. Die Arzneiversorgung der Stadt war völlig ausreichend und ich bestreite die Notwendigkeit einer Stadtapotheke durchaus; eine solche Apotheke wird außerdem mit größten Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Taxfache ist allerdings, daß die Staats- und Stadtapotheken niemals gute Geschäfte gemacht haben. Die Kosten einer solchen Apotheke wären zurzeit ungeheuer. Unter einer Million Mark wäre sie nicht zu erwerben und ein Vorteil für die Stadt würde jedenfalls bei dem Betriebe einer Stadtapotheke nicht herausspringen. Ich möchte Ihnen empfehlen, zu warten, bis der Staat zu einer bindenden Entschließung kommt. — Stadtv. Kleeis (Mehrheitssozialist): Die Einrichtung einer Stadtapotheke ist freilich nur ein schwaches Mittel, unsere Ziele zu erreichen, aber es ist doch ein Mittel. Der Staat hat in diesem Punkte seine Pflicht vernachlässigt. Gerade der Verkehr mit Arzneimitteln wäre wie nichts geeignet zur Sozialisierung. Die Regierung hat zwar eine Arzneitaxe herausgegeben, aber deren Ziffern steigen andauernd. Der Verkauf von Apotheken in neuerer Zeit hat diese Mißstände gezeitigt; es wäre gut gewesen, wenn die Regierung den Verkauf der Apotheken geregelt bzw. den Verkauf gänzlich verboten hätte. Die Preise sind geradezu erschreckend hoch gegangen; für die hiesige Engelapotheke sind kürzlich 820 000 M. gezahlt worden, während sie vor zwei Jahren noch mit 650 000 M. im Preise stand. Wenn die Sozialisierung Zweck haben soll, müßte freilich damit schon bei den großen chemischen Fabriken, wie den Farbwerken in Höchst usw. begonnen werden. — Stadtv. Wanschewski (Dem.) stellt einen Abänderungsantrag: Der Magistrat möge Berechnungen darüber anstellen, ob die Einrichtung einer städtischen Apotheke zweckmäßig ist. — Stadtverordneter Koenen (Unabh.): Wir sind dem Stadtverordneten Bundt dankbar für das ausgezeichnete Material, das er zu Gunsten unseres Antrages aufgetischt hat. Auf die Gesetzgebung können wir lange warten. Im Falle der Sozialisierung der Apotheken kann natürlich keine Rede davon sein, daß den Besitzern zur Abfindung Fantasiepreise gezahlt werden. Der Ankauf könnte nur zum wirklichen Werte erfolgen. Wer auf die Krankheit der Menschen spekuliert hat, der muß sich eben verspekuliert haben. — Stadtv. Bundt (Deutschnational) entgegnet den Vorrednern und betont u. a., daß von „Spekulation auf Krankheit" keine Rede sein kann. — In der Abstimmung wird der Antrag des Sozialisierungsausschusses angenommen.

Die Unabhängige Fraktion stellt den Antrag: „Die Stadtverordneten-Versammlung beschließt, den Magistrat zu ersuchen, die Verpachtung des Rittergutes Beesen an den Oekonom Arnicke aus Cröllwitz rückgängig zu machen." — Stadtv. Osterburg (Unabh.) führt zur Begründung aus: Das Rittergut Beesen ist ausgerechnet während der kurzen Zeit neu verpachtet worden, als die Stadtverordnetenversammlung sommerzeit aufgelöst war. Diese Verpachtung hätte doch wahrlich noch die paar Wochen Zeit gehabt. Seit Jahren ist auf Ablaufen der Pachtzeit des Gutes gewartet worden, weil man es in eigene Bewirtschaftung nehmen wollte. Gerade Beesen mit seinen ausgedehnten Wiesen hätte sich wunderbar zur Einrichtung einer großen Viehwirtschaft geeignet und wir hätten dort die Milch für unsere Säuglinge beziehen können. Der Magistrat hat hier entschieden etwas versäumt, durch Ankauf hätte das Wiesengelände vergrößert werden können. Wir möchten überhaupt wissen, was den Magistrat bewogen hat, in diesem Falle ohne Mitsitze des Kollegiums zu handeln. — Stadtrat Grote vertritt anstelle des inzwischen nach Frankfurt a. O. verzogenen damaligen Dezernenten, des Stadtrats Kinne, den Standpunkt des Magistrats: Beesen ist das ungeeignetste Gut zur Eigenbewirtschaftung. Die Hälfte der Wiesen liegt im Ueberschwemmungsgebiet, während die besten Ackerpläne mehr und mehr durch den Kohlenbau unbrauchbar gemacht werden. Das Gut ist bis 1924 nur auf 5 Jahre wieder verpachtet worden, und zwar deshalb, weil uns daran lag, die Endtermine der städtischen Güterverpachtungen möglichst nahe zusammenzulegen. (Redner bleibt zum großen Teil am Pressetisch schwer verständlich). — Stadtv. Koenen (Unabh.): Es ist und bleibt ein Skandal, daß ein so weittragender Entschluß ohne uns gefaßt werden konnte. Das ganze Denken des alten Magistrats ist eben nun einmal privatkapitalistisch orientiert. Wir müssen annehmen, daß der Magistrat uns vor eine fertige Tatsache stellen wollte, und lege dagegen energisch Verwahrung ein. Ich bedauere, daß mein Kollege Kilian damals nicht mehr auf freiem Fuße war und an den Magistratssitzungen nicht teilnehmen konnte. Er hätte diese Verpachtung entschieden verhindert. Stadtv.-Vorsteher Hennig rügt verschiedene Ausdrücke des Vorredners als unparlamentarisch. — Stadtrat Grote: Ich muß mir verbitten, daß Sie mir derartig unlautere Motive unterschieben. Selbstverständlich ist dafür gesorgt, daß die Stadt ihren Vorteil von der Verpachtung hat. Der Verpächter ist gehalten, möglichst große Viehwirtschaft zu betreiben. Er muß u. a. 100 Morgen Kartoffeln für die Stadt bauen. — Stadtv. Minner (Dem.): Auch wir können dem Magistrat in dieser Angelegenheit unsere Zustimmung nicht geben. Solche schwerwiegenden Entschlüsse dürften jedenfalls nicht gefaßt werden, ohne daß die Versammlung befragt wurde. — Stadtv. Steinbrück (Deutschnational): Ich möchte feststellen, daß ich als Mitglied der städtischen Grundeigentumsdeputation von Anfang an meine Stimme gegen die Verpachtung erhoben habe. Im übrigen ist das, was Herr Osterburg zur Sache sagt, durchaus unzutreffend. Ich müßte sehr weit ausholen, um Herrn Osterburgs Ausführungen Satz für Satz hier richtig zu stellen. — Stadtv. Müller (Mehrheitssozialist): Auch wir stimmen dem Vorgehen des Magistrats nicht zu. — Bürgermeister Seydel: Ich bitte doch unter allen Umständen, hier nicht mit dem Eindruck fortgehen zu wollen, daß der Magistrat die Pause zwischen den beiden Stadtverordnetenwahlen irgendwie ausgenutzt hat, um etwa einen Vertrag abzuschließen, der die Prüfung des Kollegiums zu scheuen hätte. Die Zeit drängte damals ganz außerordentlich und die Gefahr lag nahe, daß wir überhaupt keinen Pächter bekämen, dann hätten Sie dem Magistrat die Verantwortung dafür zugeschoben, wenn die Eigenbewirtschaftung mißlungen wäre, was im vorliegenden Falle zweifellos geschehen wäre. —

Zur Erhöhung der an besonders bedürftige heimgekehrte Kriegsgefangene aus Reichsmitteln zu zahlenden wirtschaftlichen Beihilfen wird auf Antrag des Magistrats ein Betrag bis zu 15 000 Mark bewilligt. Bis jetzt liegen 72 Anträge vor, wovon in 23 Fällen Beihilfen bis zu 600 Mark erteilen werden. Die Zahl der besonders Bedürftigen läßt sich nicht schätzen; die bereitzustellenden Mittel erscheinen vorläufig ausreichend.

Von sämtlichen Frauen der Versammlung liegt ein Antrag vor, nach dem Unterrichtskurse für Berufe in Haushalten und Säuglingspflege auf Kosten der Stadt abgehalten werden sollen. Der Antrag findet Annahme. —

Dem Bauverein für Kleinwohnungen wird ein Zuschuß von 199 675 M. aus dem Fonds zur Errichtung von Kleinwohnungen bewilligt; der Zuschuß soll sofort ausgezahlt werden.

Hauptschriftleiter: Helmut Bölcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Bölcher; für politische Nachrichten Volkswirtschaft und Sport: Hans Helling; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Adolf Meyer.
Anzeigenteil: Paul Kersten; sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Hallschen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191910282-14/fragment/page=0003

Spediteur Hilmar Kaufmann, Fernsprecher 6432
empfiehlt sein
Magdeburger Strasse 57 belegenes **Privatgleis**
zur schnellsten und billigsten **An- und Abfuhr von Waggonladungen.**

Nordschleswiger
kommt zur Abstimmung!
Eure Heimat ist in Gefahr!

Der deutsche Ausschuß gewährt **freie Reise, Unterkunft** und **Verpflegung.** Jeder vor 1900 in Nordschleswig Geborene ist abstimmungsberechtigt.

Meldet Euch!

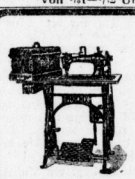
Es eilt, schiebt es nicht mehr auf, da nur noch wenige Tage bis zur Abstimmung gegeben sind. Wendet Euch mit Geburtsurkunde, Frauen auch mit Heiratsurkunde, an den Vertrauensmann des deutschen Ausschusses für das Herzogtum Schleswig **G. Klauder,** cand. agr., Adolfstraße 2. Sprechstunde 2—3 täglich.

Thaliasäle

Mittwoch, 29. Oktober, nachm. 3/4 Uhr
Lustiger Kinder-Nachmittag
Der Struwwelpeter
u. andere Geschichten von Dr. Heinrich Hoffmann in Wort und farbigem Lichtbild veranstaltet von
Baron Carlo von der Ropp.
Karten Mk. 3.10, 2.10, 1.05, 0.55 b. Heinrich Hothan.

Reichshof.
Mittwoch, 29. Oktober, 8 Uhr
5. Sonder-Abend
Suiten u. Ballette von Bizet, Iwanow, Fresco, Drigo.
Leitung: Kapellmeister **Erich Augustin.**
Donnerstag, 30. Oktober, 1/2 8 Uhr
5. Gesellschafts-Abend mit Ball.

Hedwig Nottebohm,
dipl. Lehrerin der Bildungsanstalt Hellerau u. Genf, berecht. zur Vorbereitung für das Examen d. Methode Jaques-Dalcroze.
Beginn neuer Kurse für Erwachsene und Kinder (vom 5. Jahre an) in
rhythm. Gymnastik, Plastik, Gehörbildung, Improvisation (prakt. Harmonielehre).
Anmeldung ausser Sonnabend und Sonntag täglich von 1/2 1—1/2 2 Uhr **Lafontainestr. 8.**



Phönix-Nähmaschinen
Alleinverkauf bei
H. Schöning, Mechaniker
Gr. Steinstr. 69.
Gegr. 1887. Fernruf 2027.

Wratzke u. Steiger, Hoflieferanten. Poststr. 9/10.
Juwelen — Gold — Silber.

Seidene Damen-Mäntel
in sehr großer Farben-Auswahl, guten Stoffen, allen Größen und den verschiedensten Macharten
empfiehlt preiswert
H. Schnee Nachfolger
Halle a. S. **A. & F. Ebermann** Gr. Steinstr. 84.

Von der Reise zurück.
Dr. med. Brennecke,
Facharzt für Magen-, Darm- und Stoffwechselkrankheiten.
Sprechstunde nur wochentags von 9—12 Uhr.

Gesundung durch Sauerstoff!
Das natürliche giftfreie Heilverfahren ohne Berufsstörung bei
Nerven- u. Stoffwechselleiden
Nervenschwäche, Magen-, Darm-, Leberleiden, Gicht, Rheuma, Stuhlträgheit, Hautleiden usw.
Verlangen Sie kostenfrei ausführliche Druckschrift.
Dr. Gebhard & Cie., Berlin 35, Potsdamer Str. 104/105.

Honig!
Solange Vorrat reicht, versende reinen, hellen Bienen-Blütenhonig, Dose 9 Pfund netto Mk. 87.50, 5 Pfund netto Mk. 51.—, Scheiben-(Waben-)Honig, 8 Pfd. netto Mk. 88.— franko Nachnahme.
Gerh. Oltmer, Honighandlung,
Oldersbeke b. Ebewecht i. Oldenburg.

An alle durch Plünderung Geschädigten!
Morgen Mittwoch, den 29. Oktober, abends 8 Uhr
im **„Mozartsaal", Weidenplan 20.**

voraussichtlich letztmögliche Versammlung gegen die Rechtlosmachung der durch Plünderung Geschädigten und Gefährdeten, also fast aller Einwohner von Halle. — Trotz der in der Nationalversammlung gehaltenen Reden soll das Plünderungs-Gesetz beinahe jeden Entschädigungsanspruch ausschliessen und jeder Gerechtigkeit Hohn sprechen. In zwölfter Stunde rufen wir alle Beteiligten, das ist die Kaufmannschaft, Industrie, Handwerk, Hausbesitzer und Private, zu einem gemeinsamen flammenden Einspruch auf. — Herr **Dellus,** Mitglied des Ausschusses der Nationalversammlung, sowie Herr Rechtsanwalt **Dr. Richter** haben sich bereit erklärt, die beabsichtigte Fassung des Gesetzes zu erläutern.

Nur tausendfacher Widerspruch kann die drohende Gefahr vielleicht noch bannen! Kommt alle!

Zweckverband der durch Plünderung geschädigten Geschäftsleute zu Halle.

G. H. Fischer, Bankgeschäft,
Begründet 1894 **Alte Promenade 26,** Fernruf 6893
empfiehlt sich für alle bankmäßigen Geschäfte.
Scheck- und Ueberweisungs-Verkehr.
Vermietung feuer- und diebessicherer Fächer in der
Stahlkammer.

Spedition
nach dem In- und Ausland
Lagerhäuser
15000 □-Meter mit Bahnanschluß und Hafen
Robert Haberling-Berlin W 9

Tafeläpfel u. Birnen!
Feinste auserlesene haltbare Ware versendet zum jeweils billigsten Marktpreise. — Heutiger Preis
Apfel 4/, 50, 55, 60 bis 90 Pfg., } per
Birnen 40, 45, 50, 55, 60 Pfg. bis Mk. 1.20 } Pfund.
Versand ab **bad. Produktionsgebiet** in 10 Pfund-Postkistchen ab hier unter Nachnahme.
Max Köbele, Langenargen a. B.

Angebot!
Speisezimmer
Herrenzimmer
Damenzimmer
Schlafzimmer
Küchen
in einfacher bis ganz reicher Ausführung.
Reichhaltigste Auswahl!
Möbelfabrik
Albert Martick Nachf.
Inh. **Richard Ziemer,**
Halle a. S., Alter Markt 2.

Gutes, dauerh. **Gummiband** für Strumphalter kauft man bei H. Schnee Nachf., Gr. Steinstr. 84

Statt Karten.

Die **Verlobung** ihrer Tochter **Käthe** mit Herrn Hauptmann a. D. **Alfred Koenig** beehren sich anzuzeigen

Wilhelm Heinrich u. Frau
Emilie geb. **Stelter.**
Halle a. S., 28. Oktober 1919.

Meine **Verlobung** mit Fräulein
Käthe Heinrich,
Tochter des Herrn **Wilhelm Heinrich** und seiner **Frau Gemahlin** geb. **Stelter,** beehre ich mich anzuzeigen.
Alfred Koenig,
Hauptmann a. D.
Berlin, 28. Oktober 1919.

Meine Verlobung mit Fräulein **Gertrud Boerner,** Tochter des Herrn Domänenpächters **Alfred Boerner** und seiner Frau Gemahlin **Hedwig** geb. **Hanse,** zeige ich ergebenst an.
Lochwitz b. Heiligenthal, Oktober 1919.
Curt Brückner.

Gertrud Boerner
Curt Brückner
Verlobte.
Kloster Vessra.
Lochwitz b. Heiligenthal.

Am 22. Oktober ist mein innigstgeliebter Mann, unser lieber Sohn und Bruder, der **Oberlehrer a. D.**
Dr. phil. Wilhelm Schmiel
sanft entschlafen.
Im Namen der Hinterbliebenen
Berthe Schmiel geb. **Bovay.**
Auf seinen Wunsch haben wir ihn in aller Stille zur letzten Ruhe bestattet.

Walhalla-Operetten-Theater.
Anfang 1/2 8 Uhr:
Grösster Erfolg!
Eine Walzernacht
Operette von Rudi Gfaller.
Kasse v. 10—1 1/2, u. 4—6.

Höhensonne
Ärztlich sehr empfohlen
steht zur gefl. Benutzung.
Bad Helios
Leipziger Strasse 30 am Turm.
Licht-Bäder
bewährt bei
Erkältungen und Folgekrankheiten,
Kur- u. med. Bäder bei Herz- und Nervenleiden
empfiehlt
E. Weidhaas.

Zum Schlachten und Einmachen
luftdicht gefalzte
Blechdosen
G. Brose,
Gr. Sandberg 8.

Stimmungen. Reparaturen
an Flügeln, Pianos, Harmoniums werden sachgemäß ausgeführt von
Ritter,
Flügel- und Pianofabrik.
Anruf nur 6478.

Gallensteine.
Prof. Dr. Webers Gallensteinmittel **Cholapin,** ein bewährtes Gallensteinmittel zur Linderung und meist gänzlicher Beseitigung dieses schmerzhaften Leidens. Preis Mk. 10.00 für eine Dosis, meist für eine Kur ausreichend. Versand: Grüne Apotheke, Friart 428.

Apollo-Theater
Tägl. abends 7½ Uhr
Die Tugendfreunde
Operette von Hans Fersler
Musik von Otto Gass
mit Max Hillenz u. A.
Hans Fersler u. Reis Bo
Vorverkauf 9—1 u. 5—7

Stadt-Theater
Mittwoch, 29. Oktober
Anfa. 7½ Ende 10½
Hannerl.
Donnerstag:
Die Zauberflöte

Gebr. Bethm
Werkstätten für Wohnungsku
Halle a. d. S
Große Steinstraße
Stilvolle Damenzimme

Bad Witteki
im Winter geöffn
Badezeiten
vom 1. November an Wochentagen
9—11 1/2 u. 3—7 1/2 U
Dampfheizung u. elektr. L
Wasser-, Sol-, Koh
säure-, Fichtennade
Moor-, Dampf-, ele
Licht- u. andere m
zinische Bäder
Massage für Herren u. Da
Krankenkassen-Mitglieder Ermäßigu
Fernruf 2073.

---

† Danksagung.
Gebeugt nun wenigstens teilen wir wie mein Sohn in kurzer Zeit seiner schweren Krankheit, lepsie, Fallsucht, Krämpfen leiden vollständig geheilt ist.
Frau L. Hertel,
Oberwärschaftl. i. R. in
Bitte Rückporto beil

Tapete
in großer Auswahl
Walter Somme
Leipzigerstr. 32. Tel. 3

Weiße Zähne
durch

Zahnwoh
beste Zahnpasta
Überall zu haben

Für jede Drucksache
von der Visitenkarte bis zu dem umfangreichsten Katalog-, Werk- und Bilderdruck ist unser mit vielen technischen Neuerungen ausgestatteter Betrieb gleich leistungsfähig sowie äußerst preiswert
Otto Thiele
Buch- und Kunstdruckerei
Verlag der Hallescheu Zeitung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191910282-14/fragment/page=0004

Halle und Umgebung

Halle, 28 Oktober.

Die Kartoffel in der Zwangsjacke

Aus dem Rathaussaale.

Wenn gute Reden sie begleiten,
Dann fliebt die Arbeit munter fort.

Damit soll nicht gesagt sein, daß die Reden, die gestern im Schluß an den Antrag auf bessere Kartoffelversorgung im Stadtverordnetensaale geführt wurden, nicht gut waren. Sie machten — bei den unabhängigen Rhetorenschulen alle Ehre. Aber die Zeit floß trotz alledem nicht munter fort. Und als 1½ Stunden lang die Redebächlein lustig dahingeplätschert, zeitweilig sogar zu gewaltigen Strömen angeschwollen waren, da befand sich ungefähr wieder auf demselben Punkte, von dem man ausgegangen war. Die Aussichten auf eine bessere Kartoffelversorgung haben sich leider durch die gestrigen guten Reden in nichts gebessert.

Wie ging man diesem drohenden Schreckgespenst zu Leibe? Man redete; schimpfte auf den Magistrat, um ihm im nächsten Augenblick sein Vertrauensvotum auszusprechen. Man pries weiland Arbeiterrat als „pater patriae", schob den Noske-Leuten und Einwohnerwehren die Schuld an der Kartoffelnot in die Schuhe, führte gewaltige Hiebe gegen die Demokraten in Regierung und reichte sich schließlich — U. S. P. und Demokraten — gerührt und versöhnt die Bruderhand in der einigen Verdammung der „Herren Agrarier". Und dieselbe Bruderhand wäre zweifellos auch dem vielgeschmähten Agrarier zur Verfügung geboten worden, der etwa nach Schluß der Sitzung im Auftrag des Staates einige Zentner Kartoffeln feilgeboten hätte. Man hätte schließlich auch ganz gern über den gesetzlichen Höchstpreis bezahlt; man verdient ja genug, mehr jedenfalls als der mittlere Beamte und sog. geistige Arbeiter und noch viel weniger als mancher — Landwirt. So hamstert man und speichert Vorräte auf nicht nur in edlen Knollenfrüchten, sondern auch in anderen Herrlichkeiten und läßt somit den üppig wuchernden Schleichhandel neue Blüten treiben. Will aber ein guter Freund oder Nachbar teilhaben an den gesammelten Schätzen, so jammert man über die eigene Not und tut im übrigen dasselbe, was man den Bauern zum Vorwurf macht. Vielleicht läßt man sich bei einem entsprechenden Verdienst erweichen, seinen lieben Mitmenschen vor dem Hungertode zu bewahren.

Wenn auch vorläufig in den Haushalten noch keine Not an Kartoffeln zu sein scheint — auf sage und schreibe 130 000 Scheffeln bis jetzt noch keine städtischen Kartoffeln abgeholt worden! —, ist nach Lage der Verhältnisse bestimmt damit zu rechnen, daß in der Stadt noch vor Beginn des Frühjahrs einen glatten Zusammenbruch der Kartoffelversorgung eintreten werden. Und weshalb? Nicht weil eine tatsächliche Not an Kartoffeln besteht, sondern lediglich deshalb, weil wir nach wie vor Versuchskaninchen, nein: Opfer der Zwangswirtschaft sind. Welche Gründe bleiben eigentlich für die Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft noch ins Treffen zu führen? Im Wahrheit steuern wir ja nicht nur nicht auf den Abbau, sondern auf den Ausbau des Zwangssystems los. Wenn sich der Land- und der Reichswirtschaftsminister auch gelegentlich über die Frage in die Haare geraten, im Grunde sind sie sich doch über die Beibehaltung des Kurses einig und denken gar nicht daran, die Reichsspeisekommerbernschlüssel niederzulegen. Die Vereinigung der beiden Ministerien deutet vielmehr darauf hin, daß die Richtung beibehalten werden soll. Was als Provisorium gedacht und in der Kriegsnot eingeführt worden war, wird allmählich zum Dauerzustande und vertieft die Gegensätze zwischen Stadt und Land in unheilvollster Weise. Wenn wir recht bedacht sind, geht der Magistrat mit der Absicht um, falls neuerliche Vorstellungen bei der Provinzialkartoffelstelle ergebnislos verlaufen, wie es nicht anders sein kann, der Einwohnerschaft die „Selbsthilfe" anzuempfehlen. Das sind liebliche Aussichten. Angesichts der ganzen Unzulänglichkeit der Verfügungen und der Praktiken der Zwangswirtschaft darf vielleicht einmal an einen Vorsichtigerweise in den Hintergrund geschobenen Lieblingsgedanken der Sozialdemokratie erinnert werden, an die Volksernährung, wenn nicht auf Staatskosten, so doch unter Staatsaufsicht. Nicht nur Bebel hat sich mit dieser Idee beschäftigt; der Gedanke zieht sich wie ein roter Faden durch die Schriften aller Volksbeglücker, wobei als selbstverständliche Voraussetzung gilt, daß die Staatslenker nicht nur Großsiegelbewahrer, sondern zugleich Inhaber des Reichsspeisekammerschlüssels sein müssen. Das hätte der Natur der Dinge nach mit der Sozialisierung der Landwirtschaft zu beginnen. Aber hier tritt schon in den ersten Anfängen die Undurchführbarkeit der Zwangsbebauung zutage. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Wenn überhaupt irgendwo die Individualität den Beschlag gibt, und wenn irgendwo jegliche Schematisierung fehl am Platze, dann ist es in der Agrarwirtschaft. Das sei auch den Unabhängigen Stadtverordneten gesagt in Anbetracht ihres Kommunalisierungsimmels der städtischen Güter. Um sich hartnäckiger wird nun an der verhängnisvollen Erfassung der Bodenerzeugnisse festgehalten, trotz aller Mißerfahrungen der älteren und jüngeren Vergangenheit. Es gehört eine ganze Unbelehrbarkeit der sozialistischen Weltbesserer dazu, um abgetriebenen Gaul der Zwangswirtschaft immer und immer wieder mit hott und hüh voranzupeitschen, bis er eines schönen Tages mitsamt dem ganzen Karren zusammenbricht. Und wir, wir sitzen darin ... Die Regierenden kennen nur den einen Gesichtspunkt: Alles, was für die Massenernährung von ausschlaggebender Bedeutung ist, muß in ihren Händen bleiben, um schließlich in großen Staatsfütterungsanstalten aufgegeben. Der Menschheit wird dann Magen aus regiert, das ist der sozialdemokratischen Weisheit letzter Schluß und darum bleibt sie taub gegen alle Einwendungen der Vernunft gegen die Zwangswirtschaft und ihre Ausgeburten. —

Im übrigen wurde natürlich wieder tüchtig „sozialisiert" oder „kommunalisiert". Die Hebammen, die Apotheken, und wer weiß, was sonst. Kostenpunkt ist Nebensache. Die Hauptsache ist das System.

*

Den Sozialisierungstrommel kennzeichnet folgendes Frage- und Antwortspiel recht treffend:

Warum müssen wir sozialisieren?
Weil ein Schlagwort verwirklicht werden soll.
Warum müssen wir sozialisieren?
Damit den Tüchtigen die freie Bahn versperrt wird.
Warum müssen wir sozialisieren?
Weil andere Länder zu schlau sind, es zu tun.
Warum müssen wir sozialisieren?
Damit den Leuten möglichst viel abgenommen kann...

Höchstpreise für Braunkohlenbriketts

Auf Grund der Bekanntmachung des Reichskanzlers über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September und 4. November 1915 wird vom Magistrat folgendes bestimmt:

1. Nach Anhören der Preisprüfungsstelle werden die Höchstpreise für die Braunkohlenbriketts rückwirkend am 15. Oktober d. Js. wie folgt festgesetzt:

Für Verbraucher: a) bei fuhrenweiser Anfuhr frei Keller geschüttet: für 5—9 Zentner 5,10 M, 10—19 Zentner 4,90 Mark, 20—29 Zentner 4,80 M, für 30 Zentner und mehr Zentner 4,70 M, für Lieferungen nach Cröllwitz und Trotha 10 Pfg. mehr, für gesetzte Briketts ebenfalls 10 Pfg. mehr für den Zentner; b) beim zentnerweisen Einkauf im Kleinhandel 5 M für den Zentner; c) bei Selbstabholung vom Großhändler, die ab Waggon (Lager mit Gleisanschluß) verkaufen, 4,50 M für den Zentner; d) bei Abholung von der Grube durch einen Groß- oder Kleinhändler (Landabfuhr) 5—9 Zentner 6 M, 10—19 Zentner 5,70 M, 20—29 Zentner 5,60 M, 30 und mehr Zentner 5,45 M für den Zentner frei Keller geschüttet. — Die Preise für Landabfuhrkohle sind den Empfängern besonders mitzuteilen, die Lieferung hat erst nach Einverständniserklärung zu erfolgen.

2. Dieselben Preise gelten bei gleicher Art der Lieferung für 50 Stück Rohpreßsteine (gleichwertig 1 Zentner Briketts). Für Naßpreßsteine, die frei Keller geliefert, nicht geschüttet, sondern gesetzt werden, 10 Pfg. für je 50 Stück mehr.

3. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Verordnung werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M geahndet.

*

Ein geringer Teil der grünen Kohlenkarte Nr. 1, deren Ausgabe im April/Mai d. J. erfolgte, ist noch unbeliefert. Es wird deshalb bestimmt, daß die Abgabe von Briketts auf die Nummern 1—10 der betreffenden Karten im Kleinverkauf wie bei Anfuhr mit 5 Zentnern vorzugsweise durchzuführen ist, so daß bis zum 15. November d. J. möglichst alle Kohlenkarten 1. Ausgabe beliefert sind und als ungültig erklärt werden können.

Sollte es der einen oder anderen Kohlenhandlung nicht möglich sein, die grüne Kohlenkarte 1. Ausgabe durchweg zu beliefern, so sind die Kohlenkarten mit Ablauf der gestellten Frist von den Kohlenhändlern an die Karteninhaber zurückzugeben. Die grüne Karte, 1. Ausgabe, wird dann den Verbrauchern gegen Vorlage derselben im Zimmer 6 der Ortskohlenstelle gegen die gleichfalls vorzugsberechtigte blaue Karte, 2. Ausgabe, umgetauscht werden.

Die Nahrungsmittelversorgung in Halle

— **Kunsthonig.** Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. Sept./4. Nov. 1915 wird der Verkauf von Kunsthonig wie folgt geregelt: Der Verkauf beginnt am Mittwoch, den 29. Oktober. Für jede Person eines Haushaltes kann ¼ Pfund abgegeben werden. Der Verkaufspreis beträgt für lose Ware 78 Pfg. und für gepackte Ware 80 Pfg. für das Pfund. Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern den Kunsthonig einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenlisten eingetragen sind. Der Verkauf erfolgt unter Abtrennung der Marke 420 des Warenbezugsscheines 26. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken zu Hunderten gebündelt im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, 1. Obergeschoß, Saal links, binnen 8 Tagen einzureichen. Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. Sept./4. Nov. 1915.

— **Roßfleischverkauf.** Am Mittwoch, den 29. d. M., können die bei den Roßfleischhändlern Joh. Thurm, Glaucharerstraße 79, Quandt, Langestraße 21, Müller, Pfännerstraße 41, Zaubitzer, Steinweg 52, Puppe, Gr. Steinstraße 67, Strömer, Kl. Sandberg 14, Holland, Torstraße 43, Heinrich, Völlbergerweg 33, Friedr. Thurm, Reilstraße 10, zum Roßfleischbezug angemeldeten Personen 125 Gramm Frischwurst aus Roßfleisch entnehmen. Der Verkauf darf nur nach den Nummern der Kundenliste erfolgen. Die Roßfleischhändler sind verpflichtet, in den Schaufenstern bekannt zu geben, welche Nummern in den einzelnen Stunden zum Einkauf zugelassen werden. Bei dem Einkauf sind die von den Roßfleischhändlern ausgehändigten Marken und der Warenbezugsschein Nr. 26 vorzulegen. Die Marke 422 ist von den Roßfleischhändlern für jedes verkaufte Viertelpfund Wurst abzutrennen. Die abgetrennten Marken 422 sind von den Roßfleischhändlern bis zum 31. d. M. an das Stadternährungsamt, 1. Obergeschoß, Saal links, zu 100 Stück gebündelt in verschlossenem, mit der Firma versehenem Umschlag abzuliefern. Der Kleinhandelsverkaufspreis beträgt 2,20 Mk. für ein Pfund Wurst.

— **Der Verkauf von Quark** erfolgt am Mittwoch, den 29. Oktober auf den Abschnitt 16 für die eingetragenen Kunden bei der Milchhändlerin Schwenke, Weserstraße 68, Milchhändler Wiegel, Kellnerstraße 8 und der Milchhändlerin Porwoll, Brandenburgerstraße 10. Auf jeden Abschnitt wird ½ Pfd. abgegeben. Der Preis für ½ Pfund Quark beträgt 70 Pfg. Die abgetrennten Abschnitte sind bis Sonnabend, den 1. November abzuliefern.

— **Städtischer Verkauf von Puddingpulver** in der Talamtschule am Mittwoch, den 29. Oktober. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 13 501—19 500 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 19 501—27 500 nachmittags von 2—6 Uhr. Es kann gegen Vorlage des neuen Lebensmittelscheines an Haushalte bis zu zwei Personen ein Paket, für je weitere zwei Personen eines Haushaltes noch ein Paket Puddingpulver zum Preise von 25 Pfg. abgegeben werden. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

— **Städtischer Verkauf von Roßfleisch- und Roßwurstkonserven** in der Talamtschule am Mittwoch, den 29. Oktober. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 13 501—19 500 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 19 501—27 500 nachmittags von 2—6 Uhr. Gegen Vorlage des neuen Lebensmittelscheines kann an Haushalte mit 1—3 Personen eine Einkilodose Roßfleisch oder Roßleberwurst, für weitere drei Personen eines Haushaltes noch eine Einkilodose Roßfleisch oder Roßleberwurst abgegeben werden. Der Verkaufspreis für eine Einkilodose beträgt 11 Mark. Außerdem steht in der Talamtschule Roßblutwurst in Einkilodosen zum Preise von 6 Mark und in Zweikilodosen zum Preise von 11 Mark freihändig zum Verkauf. Die Roßfleisch- und Roßwurstkonserven sind auf dem städtischen Schlachthofe und unter städtischer Aufsicht hergestellt worden. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

— **Abholung von Winterkartoffeln.** Am Mittwoch, den 29. d. Mts., von 8—11 Uhr vormittags und 1—2 Uhr nachmittags können diejenigen Haushaltungen in der städtischen Kartoffelausgabestelle Steinlagerplatz, Eingang Freimfelderstraße, ihre Kartoffeln abholen, deren Bezugsscheine mit den Nummern (mit roter Tinte ausgefüllt) 458—551 versehen sind. Der Preis für den Zentner beträgt 11 Mark. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Kartoffeln auf einmal im ganzen abzuholen sind. Die Bezugsscheine sind hierbei abzugeben.

— **Der erste Schnee.** Es wird nun doch ernst mit dem Winter. Und man hatte doch in schmerzlicher Betrachtung der kärglichen Kohlenvorräte die stille Hoffnung gehegt, er möchte heuer recht lange auf sich warten lassen. Zur Verschönerung des Straßenbildes trägt der heutige erste Schnee übrigens nicht bei, aber man darf wenigstens aufatmend auf einen milden Winter rechnen, sofern die alte Bauernregel nicht trügt: „Fällt der erste Schnee in den Dreck, ist der ganze Winter ein Geck!"

— **Nordschleswiger, kommt zur Abstimmung!** Eure Heimat ist in Gefahr! Der deutsche Ausschuß gewährt freie Reise, Unterkunft und Verpflegung. Jeder vor 1900 in Nordschleswig Geborene ist abstimmungsberechtigt. Wendet Euch mit Geburtsurkunde, Frauen auch mit Heiratsurkunde an den Vertrauensmann des deutschen Ausschusses für das Herzogtum Schleswig G. Klauder, cand. agr. Adolfstraße 2. Sprechstunden 2—8 täglich.

— **Krankenfürsorge für städtische Beamte.** Das Ortsstatut betreffend die Krankenfürsorge für die städtischen Beamten sowie für die Lehrer und Lehrerinnen an städtischen Schulen vom 24. Januar 1914 ist durch Gemeindebeschluß vom 6. Mai/15. Juni 1919 insofern abgeändert worden, als im § 1 gesetzt worden ist, so daß die Krankenfürsorge alle städtischen Beamten und Lehrpersonen bis zu einem regelmäßigen Diensteinkommen von 5000 M. jährlich umfaßt.

— Die Herbstferien an den hiesigen städtischen Schulen haben am heutigen Dienstag ihr Ende erreicht. Der Unterricht wurde in allen Klassen wieder aufgenommen.

— **Das Eiserne Kreuz 2. Klasse** wurde dem Jäger der Reserve Barbier Walter Knöchel, Sohn des Schriftsetzers Friedrich Knöchel, hier, nachträglich verliehen.

— **Der Haus- und Grundbesitzerverein e. V.** hält heute abend um 8½ Uhr in „Mars la Tour" eine Versammlung ab, in der eine Besprechung über die gefällten Urteile des Mietseinigungsamtes vorgenommen werden soll.

— **Der Zweckverband der durch Plünderung geschädigten Geschäftsleute zu Halle** hält morgen abend um 8 Uhr im Mozartsaal eine Versammlung ab, in der zu dem Plünderungsgesetz Stellung genommen wird.

— **u. T.-Lichtspiele, Alte Promenade. „Lachende Herzen",** Filmoperette von **Carlo Emmerich.** Eigentlich müßte sie heißen: „Vom Schustermädel zur — Schusterfrau", denn das ist der Inhalt der Film-Operette. Aber lassen wir es nun schon einmal bei dem „Lachenden Herzen". Herzensachen plaudern sich auch viel besser aus, als Schustermädelgeschichten. Und dann — die reizend-Schusterinnige ist ja auch zu etwas Höherem geboren — nämlich zur Operettendiva. Dieses Talent entdeckt der vielumschwärmte Operettentenor „Freddy Keck" in dem Schusterladen von Miezes Vater. Aber der ganze große Plan der Miege, bei dem die Liebe auch eine kleine Rolle spielt, scheitert an der Dickfelligkeit des Vaters. Doch die Miege setzt sich durch, da und dort, auf den Brettern, die .... — man dann aus Liebe verläßt. Das klingt nun recht traurig, ist es auch. Ja, es ist gerade der wunde Punkt in den „Lachenden Herzen". Denn nun gilt es die Wahl zwischen dem Talententdecker und dem inzwischen in die Erscheinung des Seins getretenen „Schuhkönig". Aber die Miege bleibt bei ihrem Leisten, — wollte sagen — bei ihrem Schuhkönig, dem eiserlich die „Lachenden Herzen" zuzuschreiben sind. Er hat ja die Millionen. Die ganze Geschichte läßt sich also in Wohlgefallen und in einer Hochzeit auf Ja, „Wem das Herz im Leibe jung ist" .... Zu dem erfreulichen Erfolg, den diese heitere Operette erzielt, trägt besonders die geschickte Wahl der Darsteller bei. Vor allem das „Lottecken", das absichtlich nicht erwähnt ist, das man einfach gesehen haben muß. — Die musikalische Wiedergabe der Rollen liegt in sehr guten Händen, ebenso die Anpassung an den Film. I. c.

— **Baron Carlo von der Ropp** ladet Jung-Halle zu morgen, zu einem lustigen Kindernachmittag ein, bei dem es gar herrliche Sachen zu sehen und zu hören gibt. Unter Hinweis auf die Anzeige in der heutigen Nummer machen wir alle Eltern und Kinderfreunde auf dieses „kleine Kinderfest" gern nochmal aufmerksam.

— **Ivo Puhonnys Künstler-Marionetten-Theater** ist für mehrere Gastspiele von der Konzert-Direktion Siegfried Kummerehl nach Halle verpflichtet worden. Die Gastspiele finden im Mozartsaal statt, und zwar täglich nachmittags ¼4 Uhr und abends ½8 Uhr. Die Nachmittagsvorstellungen sind als Kindervorstellungen gedacht. Die Erstaufführung ist am Donnerstag, den 6. November. Vorbestellungen auf Karten nimmt schon jetzt H. Hothan entgegen.

— **Zu den Unterrichtskursen in der Methode Jaques-Dalcroze** durch Hedwig Rotterbohm wird uns folgendes mitgeteilt: Die Methode begreift im Gegensatz zu anderen Methoden zur Körperkultur eine gleichzeitige geistige Erziehung durch Uebungen zur Entwicklung des Hörens, Sehens und der Willensbeherrschung, bei denen die Musik die Grundlage bildet und nicht nur eine zufällige Begleiterscheinung ist. Jede Körperbewegung der rhythmischen Gymnastik ist Folge eines geistigen Impulses und nicht wie in anderen Methoden eine automatisch ausgeführte einstudierte sogenannte schöne Bewegung. Bei Kindern wird die rhythmische Gymnastik auch als Vorbereitung und Ergänzung des Musikunterrichts angewandt. Bei Erwachsenen belebt und stärkt sie das körperlich musikalische Empfinden durch rhythmisch-plastische Uebungen, entwickelt das musikalische Gehör und die theoretischen Kenntnisse durch den Unterricht in Gehörbildung und Improvisation. S. Anzeige.

— **Reichshof.** Morgen abend um 8 Uhr findet der 5. Sonderabend, am Donnerstag der 5. Gesellschaftsabend mit Ball statt. (S. Anzeige.)

— **Petroleum.** Wegen Petroleummangels muß die Verkaufsstelle auf einige Tage geschlossen werden. Die Wiedereröffnung der Verkaufsstelle wird bekanntgegeben werden.

— **Schwerer Einbruchsdiebstahl.** In der Nacht zum 24. Oktober wurde bei dem Kaufmann Louis Nonstedt, Röntgenstraße 2, ein schwerer Einbruch verübt. Es wurden Wäsche und Kleidungsstücke im Werte von 6800 Mk. und ein Waschkorb im Werte von 80 Mk. gestohlen. Die Wäsche bestand aus: Bettwäsche, Tisch-, Mund- und Handtüchern, Damen- und Herrenleibwäsche, weißen Blusen und hellen Kleidern und war teilweise mit A. B. gezeichnet. Personen, die über den Verbleib der Sachen Angaben machen können, werden gebeten, dies der Kriminalpolizei, Zimmer 37 und 40 mitzuteilen. — In letzter Nacht ist dem Lettiner Weg ein Stall erbrochen und aus demselben zwei Ziegen im Werte von 500 Mark gestohlen worden. Die Täter sind noch nicht ermittelt.

— **Von der Straße.** Gestern vormittag wurde in der Großen Ulrichstraße eine Frau von einem Geschirr überfahren und am Kopfe leicht verletzt. — Ein 4 Jahre alter Knabe, der sich auf das Trittbrett eines an der Haltestelle in der Trotharerstraße haltenden Straßenbahnwagens setzte, wurde beim Anfahren des Wagens heruntergeschleudert und am linken Fuße verletzt. Er wurde seinen Eltern zugeführt.

*

— **Stadttheater.** Heute, Dienstag, gelangt die Komödie „Kameraden" von Strindberg zur Erstaufführung. Mittwoch wird das Sing'spiel „Donnerl" gegeben. Donnerstag „Die Zauberflöte". Freitag „Die Rutschbahn". Sonnabend „Der Troubadour". Sonntag nachmittag Fremdenvorstellung bei ermäßigten Preisen „Martha", Sonntag abend „Das Dorf ohne Glocke". — Sonntag, den 2. November vormittags Eröffnungs-Veranstaltung des Zyklus „Das Drama der Jugend in Deutschland": 1. Vortrag von Privatdozent Dr. Wolfgang Liepe, 2. Aufführung: Szenen aus Klingers Drama „Das leidende Weib", darauf Goethes „Prometheus-Fragment." Preise der Plätze für diese Veranstaltung von 4 Mk. bis 0,60 Mark — „Das Paradies", Drama von H. J. Rehfisch wurde zur Uraufführung von der Leitung des Stadttheaters erworben.

FORMAN
GEGEN
SCHNUPFEN
DESINFIZIERT NASE UND RACHEN
VERHÜTET ANSTECKUNG

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191910282-14/fragment/page=0005

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet

Zur Prämienanleihe

Die bevorstehende Auflegung der deutschen Spar-Prämienanleihe regt zu Betrachtungen über die Bedeutung dieser Anleihe für den deutschen Geldmarkt und für das Finanzwesen Deutschlands an. An sich läßt sich gegen den Gedanken der Prämienanleihe wohl nichts unter den obwaltenden Verhältnissen sagen. Es muß aber doch betont werden, daß der Wunsch, dem neuen Anleihetypus einen großen Erfolg zu bereiten, das Reichsfinanzministerium dazu bewogen hat, weit mehr an die Interessen der Anleihezeichner als an die des Reiches zu denken. Darüber wird geschrieben:

Da für je 1000 Mark der neuen Anleihe neben einer Vorzahlung von 500 Mark, 500 Mark in Kriegsanleihe unter Anrechnung der Kriegsanleihe mit 100 Prozent in Zahlung gegeben werden können, so erhält das Reich bei einem Gesamtbetrage der Anleihe von 5 Milliarden nur 2½ Milliarde in bar. Was will diese Summe angesichts des ungeheuren Reichsdefizits bedeuten? Freilich ist anzunehmen, daß die neue Prämienanleihe nur die erste Serie einer ganzen Reihe ähnlicher Anleihen sein wird. Daß Absichten dieser Art bestehen, geht schon daraus hervor, daß der Anleihekredit für 1919, der in einer Prämienanleihe gedeckt werden soll, über 9 Milliarden lautet. Es sprechen auch sonst mancherlei Anzeichen dafür, daß das Reichsfinanzministerium mit der Absicht umgeht, nach und nach den größten Teil der Kriegsanleihen in Prämienanleihen umzutauschen. Gerade deshalb muß die Forderung erhoben werden, daß bei den kommenden neuen Anleihen mehrere Momente berücksichtigt werden, deren Fehlen einen Schönheitsfehler der jetzt aufgelegten Prämienanleihe bedeutet.

Zunächst muß dagegen protestiert werden, daß die kleinen Leute, die Kriegsanleihe in Beträgen von unter 500 Mark besitzen, der Vorteile verlustig gehen, die die Prämienanleihe in sich birgt. Wenn da der geringste Betrag der Prämienanleihe über 1000 Mark lautet, so kann nur der zeichnen, der mindestens 500 Mark Kriegsanleihe sein eigen nennt. Diese Benachteiligung der kleinen Kriegsanleihezeichner muß künftig vermieden werden.

Einen weiteren Nachteil sehen wir darin, daß die Anleihe in Wirklichkeit keine festverzinsliche Anleihe ist. Bei der einmal im Jahre erfolgenden Amortisationsziehung erhält derjenige, der mit seinem Prämienstück herauskommt, seinen Zeichnungsbeitrag einschließlich 50 Mark für jedes abgelaufene Jahr ausgezahlt. Wer also nach zwei Jahren bei der Amortisationsziehung herauskommt, erhält 1100 Mark zurück. Bei dieser Amortisationsziehung erhält außerdem jedes zweite gezogene Stück noch einen Zuschlag, der in den letzten vierzig Jahren 4000 Mark beträgt. Wer nicht herauskommt, kann nach zwanzig Jahren seinen Anleihebesitz kündigen, er erhält dann den gezeichneten Betrag einschließlich der aufgelaufenen Zuschläge mit einem Abzug von 10 Prozent zurück. Man kann also sagen, daß derjenige, der das Glück hat, schon in den ersten Jahren bei der Amortisationsziehung oder gar bei der Zuschlagsziehung bei der das zweite Los einen Bonus erhält, herauskommen, für sein Kapital eine leidlich gute Verzinsung erhält. Wer dagegen nach 20 Jahren kündigen muß, erhält erst dann 5 Prozent Zinsen pro Jahr und die Zinseszinsen auf diese 5prozentige Verzinsung. Der kleine Sparer, der von Anfang an für sein Kapital eine bestimmte Verzinsung haben will, kann also diese Anleihe nicht als eine Verzinsung ansehen.

Ursprünglich bestand die Absicht, die Anleihe neben den Chancen der Auslosung und der Gewinnverlosungen mit einer festen Rente von 3 oder 4 Prozent pro Jahr auszustatten. Es wäre zu erwägen, ob nicht bei den künftigen Anleihen dieser Weg zu wählen ist, damit auch die kleinen Rentner und Sparer sich an dieser Anleihe beteiligen können. Der Mehraufwand für Zinsen könnte seitens der Reichsfinanzverwaltung dadurch ausgeglichen werden, daß die Gewinne weniger zahlreich bemessen werden. Dann wird zwar die Zahl der Millionäre, die in jedem Jahre durch die Gewinnverlosungen der jetzigen Anleihe geschaffen werden, geringer sein, dafür wird aber die Zahl der soliden Zeichner, die neben den Chancen der Auslosung auf eine feste Verzinsung Wert legen, um so größer sein.

Die Zahlungsbedingungen der Sparprämienanleihe. Bei der Sparprämienanleihe, deren Zeichnungsfrist vom 10. bis 26. November läuft, sind Teilzahlungen nicht vorgesehen, es ist aber für die Zahlung ein weiter Spielraum gelassen. Die zugeteilten Beträge sind bis zum 29. Dezember einschließlich zu begleichen. Bei der Zeichnung ist ein Einschuß von 10 Proz. des Gesamtbetrages zu leisten.

Ausschuß zur Förderung der Sparprämienanleihe. Beim Reichsfinanzminister fand eine Versammlung von Interessenten statt zur Gründung eines Ausschusses zur Förderung der deutschen Sparprämienanleihe. Reichsfinanzminister Erzberger hielt eine Ansprache, ebenso Frau v. Mendelssohn, der wahrscheinlich den Vorsitz im Ausschuß übernehmen wird. Die gesamte Leitung und Werbetätigkeit für die neue Anleihe werden in den Händen der Anleihestelle des Reichsfinanzministeriums liegen.

Die Förderung im deutschen Braunkohlenbergbau

Von der Liga zum Schutze der deutschen Kultur wird uns geschrieben:

Die Kohlenförderung im gesamten deutschen Bergbau hat in den letzten Wochen erfreulicherweise eine unverkennbare Steigerung erfahren. Das gilt sowohl für die Steinkohle wie für die Braunkohle. Bewiesen wird das für die Braunkohle durch statistische Erfassung der gesamten Förderungsziffern aus allen deutschen Braunkohlenrevieren mit Ausnahme von Köln-Ost, Köln-West, München und Bayreuth. Während sich der Arbeiterstand im August d. Js. gegenüber dem Mai nicht so in ausschlaggebender Weise vermehrt hat, stieg die Kohlenförderung von 5 546 215 Tonnen im Mai ds. Js. auf 5 800 211 Tonnen im August! Dagegen besteht immer noch ein gewaltiger Unterschied zwischen der vor- und der diesjährigen Förderung. Im August 1918 wurden nur 50 Proz. der einheimischen Arbeiter vom August 1919 beschäftigt. Dazu kamen damals allerdings noch nahezu 33 000 Gefangene, was zusammen aber noch bei weitem nicht die Arbeiterzahl von Aug. 1919 ausmacht. Bei einem zahlenmäßigen Verhältnis der insgesamt beschäftigten Arbeiter von rund 85 im Vorjahre gegenüber rund 106 in diesem Jahre, wurden im diesjährigen August doch nur rund 87,4 Proz. der vorjährigen Augustmenge gefördert.

Im einzelnen ergibt ein Vergleich folgende Ziffern: Im Mai 1918 wurden 6 272 181 Tonnen Braunkohlen gefördert, im August 1918 wurden 6 656 574 Tonnen, Mai 1919 5 546 216 und August 1918 5 800 211. Aehnliche Schwankungen weist die Brikettherstellung auf. Hergestellt wurden im Mai 1918 1 491 284 Tonnen, August 1918 1 526 826, Mai 1919 1 144 778 und August 1919 1 142 211 Tonnen.

Während der Bestand an Braunkohlen insgesamt im Mai 1918 betrug 147 078 Tonnen und im August 1918 92 524, bezifferte er sich im Mai ds. Js. auf 105 121 und im August ds. Js. nur noch auf 71 066 Tonnen.

Der Belegschaftsbestand betrug insgesamt im Mai 1918 an einheimischen Kräften 55 147 Personen, August 1918 52 225, Mai 1919 100 011 und im August d. Js. 105 129; an Fremden (d. h. Kriegsgefangenen und Internierten) Mai 1918 30 414, August 1918 32 913, Mai 1919 1 189 und August 1919 1 509.

Nachdem neuerdings die Akkordarbeit stärker eingesetzt hat, in einzelnen Revieren die Bergarbeiter mit Rücksicht auf den kommenden Winter auch wieder Sonntagsschichten verfahren, ist zu hoffen, daß im Interesse der Volksgesamtheit die Steigerung der Kohlenförderung weiterhin anhält und wir die nächsten Monate ohne allzuschwere wirtschaftliche Erschütterungen überstehen.

Industrie, Handel, Handwerk

Elektrolytkupfer. Heute wurde zum ersten Male durch die Vereinigung für die deutsche Elektrolytkupferno.tz eine Notierung vorgenommen und zwar für Wirebars per 100 Kg. netto cif Hamburg, Bremen oder Rotterdam, mit 1535 M. (1535).

Aus der deutschen Waggonbauindustrie. Wie gemeldet wird, ist der Verband deutscher Waggonfabriken bis Ende dieses Jahres verlängert worden unter gleichzeitiger Verlegung des Sitzes der Gesellschaft von Breslau nach Charlottenburg. Die Verlängerung um ein weiteres Jahr wird erfolgen, wenn bis zum 31. Dezember 1919 irgend welche Einsprüche gegen Verlängerung nicht erhoben werden. Die Beschäftigung der Waggonfabriken ist eine reichliche, infolge des Materialmangels jedoch und durch die große Kohlennot, die alle Betriebe allmählich zur Stillegung zwingt, können die Fabriken nicht einmal das bringende angeforderte neue Material abliefern. Auch die zur Zeit angelieferten Wagen können nur unter großen Unterbrechungen geliefert werden. Die Zahl der Bahnverwaltungen wieder zugeführt werden. Die Zahl der Fabriken, welche von seiten der preußisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft mit Aufträgen für den Bau von Waggons beehrt werden, hat sich um eine ganze Reihe von Werken erweitert, so daß es bisher möglich gewesen ist, der Wagenkalamität abhelfen zu können.

Aktiengesellschaften

Akt.-Ges. Lauchhammer. Die Gesellschaft bringt für das Geschäftsjahr 1918—19 eine Dividende von 6 Prozent (5 Prozent) in Vorschlag. Wie in dem Geschäftsbericht mitgeteilt wird, bestehen Arbeitermangel und Mindererzeugung weiterhin und es sei nicht möglich, der Nachfrage zu genügen. Alle Anstrengungen seien reichlich mit Aufträgen versehen. Wie es heißt, wird Herr Generaldirektor Köngeter aus dem Vorstand ausscheiden, und seine Zuwahl in den Aufsichtsrat vorgeschlagen werden.

Vereinigte Thüringer Metallwarenfabriken A.-G. in Suhl in Thür. Die Generalversammlung genehmigte die vorgeschlagene Ausschüttung von 20 Prozent Dividende sowie 10 Prozent Sonderzuwendung. Ferner wurde der Neuregelung der Aufsichtsratsbezüge zugestimmt. Ueber die Ausschüttung wurde keine Mitteilungen gemacht.

Aktien-Bierbrauerei Bürgerliches Brauhaus Stendal. Der Aufsichtsrat schlägt für das Geschäftsjahr 1918/19 für die Vorzugsaktien 7 Proz. (4 Proz.) und für die Stammaktien 4 Proz. (0 Proz.) Dividende vor.

*

Gegen die Zwangswirtschaft wurden im kleinen Fürstentum Lippe innerhalb kurzer Zeit etwa 30 000 Unterschriften gesammelt.

„H.J." Sportberichte

— **Reit- und Fahrturnier im Stadion.** Auch der zweite Tag des Reit- und Fahrturniers des Reichsverbandes für Zucht und Prüfung deutschen Halbblutes hatte bei dem kalten, regnerischen Wetter nur geringen Besuch zu verzeichnen. Die Vorführungen übertrafen bei weitem die des Eröffnungstages. Ein fast schönes Bild bot die Eignungsprüfung für Vierspänner, in der man wirklich gutes Material zu sehen bekam. Hier ist vor allem der Viererzug des Herrn W. A. Schmitz-Hasenwinkel zu erwähnen, der sehr geschickt von Frau Schmitz gefahren, sich in der Abteilung für Zucker den ersten Preis sicherte. Im Jagdspringen feierte die berühmte Hannoversche Stute Pepita unter ihrem Besitzer, Major v. Oesterley, einen neuen Erfolg, in den sie allerdings mit Herrn F. Pulvemanns Tristan teilen mußte. Beide Pferde kamen fehlerlos über die Bahn und auch im Stechen ergab das gleiche Resultat. Die genauen Ergebnisse waren: Preis von Wilsnitz (Jagdspringen Kl. B.) 1. Gr. Pulvermanns Tristan (Bes.), 1. Major v. Oesterleys Pepita (Bes.), 3. Frhr. v. Buddenbrock-Plätswitz Ultimus (Bes.), 4. Major a. D. v. Hertwaths Grizzlybear (Bes.), 4. Frhr. v. Schlotheim Erich III (Bes.), 19 Bewerber. — Eignungsprüfung für Reitpferde (zu reiten von Stallmeistern), Abt. A: 1. Tiedemann Alma (Krüger), 2. Frl. Gerigs Carol (Speer), 3. Dr. Hübner Ifot (Störz); 7 Bewerber. Abt. B: Oberleutnant Stierlin (Trapp), 2. Fr. Paula Müllers Rex (O. Kreissig), 3. Wagner Fels II (Speer); 17 Bewerber. — Eignungsprüfung für Jagdpferde (Reiten für Damen), 1. Lüttichs Salvator (Frau Lüttich), 2. Frau Hilde Hirschs Freis (Bes.), 3. Frau Baronin de Tommin Hohenstein Tilymann (Bes.); 9 Bewerber. — Springprüfungen (Gymkhana: A Puppenrennen: 1. Lt. v. Hülsen Milou; B Postillonrennen: 1. Rittm. Krieg auf Fides-Doctor. — Eignungsprüfung für Vierspänner, Abt. Zuckergespanne: 1. H. A. Schmitz-Hasenwinkel (Frau Schmitz), 2. Frhr. v. b. Reck (Bes.), Abt. Englische Gespanne: 1. Rudi Schmidt (Bes.), 2. Gr. Freienhagen (Rittm. Marcuse). — Gruppenspringen: 1. Frhr. Seiffert, Rittm. Frhr. v. Waldenfels.

Mitteldeutsche Privat-Bank, A.-G., Filiale **Halle a. S.,** Poststrasse 12. Tel. 1382, 1383, 1692. Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte

Stellen-Angebote

Ich suche zu sofort oder später ein durchaus zuverlässiges, sauberes **Alleinmädchen** mit Kochen, Haushalt 3 erwachsene Personen, Gehalt 60 Mark. Benguisabschr. an Frau **von Pappritz,** Berlin-Wilmersdorf Prager Platz 2.

Kaufgesuche

Ein Paar gebrauchte, aber gut erhaltene **Schneeschuhe,** möglichst mit Huitfeld-Bindung zu kaufen gesucht. Angeb. unter **Z. 2191** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Gebrauchte **Flügel** und **Pianos** kauft zu höchsten Preisen. Verkäufer ist von Luxusfirmen betreut. **B. Döll,** Gr. Ulrichstraße 33/34.

Futterrüben-Zuckerrüben-Herbstrüben-Kohlrüben-Kümmel, Viktoria-Erbsen Linsen Samen

in größeren Posten laufend **zu kaufen gesucht. Hermann Korte,** Samenhandlung, Quedlinburg. Kleersstraße. Tel. 886.

Gut erhaltener **Mädchen-Mantel** für 10—12jähriges Mädchen **zu kaufen gesucht.** Off. u. Z. 2192 a. d. Geschäftsst. d. Ztg.

Verkäufe

Landwirtschaftliche Inventar-Auktion. Montag, den 3. Nov. d. Js. vorm. 10 Uhr findet im Guido Kitschen Grundstück zu Böichen wegugshalber der Verkauf des gesamten lebt. u. tot. Wirtschaftsinventars öffentlich meistbietend gegen Barzahlung statt. Bedingungen im Termin. Zum Verkauf kommen: 2 Pferde (dunkelbraun), 1 Stuten-Schimmel m. Saugfohlen (7 Woch. alt), 1 Fohlen, 1½ Jahr alt (braun), 3 Kühe, teils tragend u. neumilchend, 1 Zuchtsau, 1 Färse, 1 Motor (3 PS.) Friedensware, 1 Dreschmaschine, 1 Ableger, 1 Pferderechen, 1 Häckselmaschine, 1 Handhackmaschine, 2 Mähmaschinen 2½", 2 Kastenwagen, 1 eis. Pflug, 1 Sack, 1 zweischar. Pflug, 1 Hauselpflug, 1 Sag eis. Eggen, 1 Cambridge-Walze, 1 dreiteil. Walze, 1 Handwalze, 1 Kartoffelheber, 1 Diemenplane (fast neu), 50 qm groß, 2 Dezimalwagen, 1 Schleifstein, 1 Bock u. 1 Schmiedkarre, 2 Rauchenpumpen, 1 Schwindkasten, 1½ Meter Rubitlinhalt, 4 Weitern, 1 Handwagen (10 Ztr. Tragkraft), 2½ Dtzd. Mistbeetfenster, sowie noch versch. Acker- und Wirtschaftsgeräte, eine Partie Feuerholz und ca. 50 Ztr. Hafer u. Gerstenstroh.

Die Rinder dürfen nur im Kommunalverband gekauft werden.

Im Auftrage des Besitzers: **Albert Franke,** Auktionator.

1 elegantes neues **Sellettgeschirr** mit Kumt u. ganz neuflib. Beschlag preiswert **zu verkaufen.** Off. unt. **Z. 2189** an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Burschen-Ueberzieher, wie neu, **zu verkaufen.** Albert Schmidtstraße 9 bei **Rettig.**

Gute Plüschdecke, 190 × 154 cm, verkauft Jägerplatz 9 III.

Fohlen, schön gebaut **Fuchshengst** (Wesse) **zu verkaufen** Donnerstag, den 30.10.19. Näheres Nicolaistraße 6 (Restaurant.

Geldverkehr

Gewandter **Geschäftsmann sucht** zur Gründung sein. ausichtsreich. Verlaufsgeschäftes **20000 Mk. Kapital.** Sicherheit durch Ware, die dauernd steigt. Off. u. Z. 2183 a. die Geschäftsst. d. Ztg. erb.

Heirat

Jüng. bess. Herr, gutes Erscheinen, evangel., Württbg., sucht auf diesem Wege die **Bekanntsch. einer gebild. Dame,** auch Wwe., welche Lust hätte, spät. mit nach Württbg. zu gehen. Vergegenwärt. Zuneig. in **Heirat** nicht ausgeschl. Gefl. Off. u. Z. 2190 erb. die Geschäftsst. d. Ztg.

Vermietungen

Große trockene **Kellerräume** (Zentrum der Stadt) mit Schreiberscher Ventilation und elektr. Fahrstuhl, sind zu vermieten. **Günthers Brauerei.** Telephon 6361. Gr. Brauhausstr. 27.

Verschiedenes

Elektrische **Glühlampen** zu Fabrikpreisen **Hönemann** Bahnhof 1. Tel. 3631.

Pianos und Flügel, großes Lager, neue und gebrauchte, darunter Perzina, Blüthner usw., prima Friedensware. **H. Lüders,** Mittelstraße 9/10. Aelteste Handlung am Platze. Ankauf aller Pianos.

Speisezimmer Herrenzimmer Schlafzimmer Küchen und einzelne Möbel jeder Art empfiehlt in grosser Auswahl **G. Schaible** Möbelfabrik. Gr. Märkerstrasse 26 am Ratskeller.

Direkte Aufträge von mehr. 100 beiratsl. Damen mit Vermögen von 5—200000 Mk. Herren, a. ohne Vermögen, die rasch und reich heir. wollen, erh. sofort Ausk. L. Schlesinger, Berlin, Wassmannstr. 29.

Amtliche Bekanntmachungen

Bekanntmachung.

Für die Prüfung von Fleischbeschauern findet Termin auf Dienstag, den 25. November 1919, vormittags 2 Uhr in Halle a. S. anberaumt.

Zur Prüfung dürfen nach § 8 der Prüfungsvorschriften nur zugelassen werden männliche Bewerber, die das 23. Lebensjahr vollendet und das 50. Lebensjahr noch nicht überschritten haben, körperlich tauglich, insbesondere im Vollbesitze ihrer Sinne sind, mindestens 4 Wochen lang einen theoretischen und praktischen Unterricht in einem Schlachtvieh- und Fleischbeschau in einem der Schlachthöfe zu Halle a. S., Eisleben, Weißenfels oder Naumburg a. S. genossen haben.

Ausnahmsweise dürfen Bewerber zugelassen werden, welche das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet oder das 50. Lebensjahr bereits überschritten haben.

Die Gesuche um Zulassung zur Prüfung sind an den Landrat in den Vorstädten der Prüfungskommissionen zu richten.

Merseburg, den 7. Oktober 1919.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachung.

1000 Mark Belohnung.

Am 12. Oktober 1919, vormittags 7½ Uhr, ist der Maler Paul Hampe aus Oberröblingen auf dem Wege nach Riethnordhausen—Oberdorfen am Gabelpunkt der Straße Riethnordhausen—Cachstedt, etwa 150 m von der Kaiserlinden, tot aufgefunden. Dem Toten waren Stiefel ausgezogen. Ein Stückchen der Uhrkette hing im Knopfloch der Weste; die Uhr fehlt. Seine Geldbörse mit 22.05 Mk. einigen Briefmarken und ärztlichen Rezepten ist in der Nähe aufgefunden worden.

Die vom Polizeihund aufgenommene Spur führte bis nach Cachstedt, dort verlor sie sich. Vom Täter fehlt jede Spur. Der Herr Regierungspräsident hat auf die Ermittelung der Täter eine Belohnung von

1000 Mark,

in Buchstaben: eintausend Mark, ausgesetzt, die auf rechtsträftiger Verurteilung unter Ausschluß des Rechtsweges von ihm verteilt werden.

Sachdienliche Mitteilungen jeder Art werden sofort erbeten an den Alten 3 J 3413.19 erbeten.

Nordhausen, den 24. Oktober 1919.

Der Erste Staatsanwalt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191910282-14/fragment/page=0006